



Parlamentssitzung 29. August 2016

Protokoll

Schloss Köniz, Rosstall
19.00 – 22.35 Uhr

Vorsitz Markus Willi (SP)

Anwesend

Elena Ackermann (JGK)
Christina Aebischer (Grüne)
Annemarie Berlinger-Staub (SP)
Adrian Burkhalter (SVP)
Vanda Descombes (SP)
Heidi Eberhard (FDP)
Anton Eder (CVP)
Thomas Frey (BDP)
Kathrin Gilgen-Studer (SVP)
Beat Haari (FDP)
Fritz Hänni (SVP)
Erica Kobel-Ippen (FDP)
Hanspeter Kohler (FDP)
Hans Ulrich Kropf (BDP)
Andreas Lanz (BDP)
Bernhard Lauper (SVP)
Mike Lauper (SVP)
Stefan Lehmann (SVP)
Cathrine Liechti (SP)
Ruedi Lüthi (SP)

Thomas Marti (GLP)
Anita Moser Herren (FDP)
Heinz Nacht (SVP)
Katja Niederhauser-Streiff (EVP)
Astrid Nusch Zanger (SP)
Hansueli Pestalozzi (Grüne)
Mathias Rickli (Grüne)
Christian Roth (SP)
Stephan Rudolf (BDP)
Elisabeth Rüeegsegger (SVP)
Christoph Salzmann (SP)
Bruno Schmucki (SP)
Barbara Thür (GLP)
Werner Thut (SP)
Casimir von Arx (GLP)
Iris Widmer (Grüne)
Ulrich Witschi (BDP)
Bernhard Zaugg (EVP)
Reto Zbinden (SVP)

Entschuldigt

Gemeinderat Ueli Studer (SVP), Gemeindepräsi-
dent
Rita Haudenschild (Grüne), Vizeprä-
sidentin

Thomas Brönnimann (GLP)
Katrin Sedlmayer (SP)
Urs Wilk (FDP)

Sekretärin Verena Remund

Protokoll Ruth Spahr und Eva Schmid, Korrektorat und Textbüro, Muri b. Bern

Inhaltsverzeichnis

1. Budget 2017.....	203
2. Verschiedenes.....	228

Begrüssung

Parlamentspräsident Markus Willi: Es sind 40 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Markus Willi: Seit der Sitzung vom letzten Montag durfte Hans-Ulrich Kropf Geburtstag feiern- Wir gratulieren herzlich.

Der Aktenversand erfolgte am 28. Juli 2016. Per E-Mail wurde Ihnen am 2. August 2016 eine korrigierte Version des Budgets 2017 zugestellt. Dazu wurde die Möglichkeit gegeben, eine Papierversion per Post zustellen zu lassen. Das wurde zum Teil wahrgenommen.

Traktandenliste

Parlamentspräsident Markus Willi: Gibt es Fragen oder Anträge zur Traktandenliste?

Die Traktandenliste wird genehmigt.

1. Budget 2017

Beschluss und Botschaft; Direktion Präsidiales und Finanzen

Parlamentspräsident Markus Willi: Die Sitzungsakten, der Bericht und Antrag des Gemeinderats, haben Sie erhalten, ebenfalls eine korrigierte Version des Budgets 2017 per E-Mail am 2. August 2016. Wir referenzieren uns heute auf die korrigierte Version.

Das Vorgehen: Zuerst hat die Präsidentin der Finanzkommission das Wort zur Stellungnahme. Anschliessend beginnen wir mit der Beratung des allgemeinen Teils. Zuerst haben die Fraktionssprechenden das Wort, wobei ich heute die Augen ein klein wenig zudrücken werde, sollten die Voten etwas länger als die üblichen fünf Minuten dauern. Anschliessend folgen die Einzelvoten aus dem Parlament. In diesem Teil können Voten und Anträge allgemeiner Art deponiert werden. Danach folgt die Detailberatung, wo allfällige Anträge zur Erfolgsrechnung, zu den einzelnen Direktionen und zu den Konten entgegengenommen werden. Wenn keine Anträge vorliegen, wird die Beratung anschliessend geschlossen und über den Antrag des Gemeinderats abgestimmt. Liegen Anträge vor, wird zuerst über diese abgestimmt und anschliessend folgt die Schlussabstimmung über den – allenfalls bereinigten – Antrag des Gemeinderats.

Mit E-Mail vom 16. August 2016 teilte ich mit, dass Anträge schriftlich einzureichen sind. Ich weise hier zudem darauf hin, dass die Redaktionskommission die Botschaftsseite mit den Pro- und Kontraargumenten nur aufgrund von hier und heute geäusserten Voten verfassen kann. Zudem haben Sie die Möglichkeit, Ihre Argumente von heute bis morgen Mittag schriftlich an die Fachstelle Parlament per E-Mail zuzusenden.

Präsidentin Finanzkommission Erica Kobel-Itten (FDP): Die Finanzkommission begleitet jeweils das durch Gemeinderat und Verwaltung erarbeitete Budget und begutachtet den Entwurf des Budgets zuhanden des Parlaments. Sie wird informiert, mit Entwürfen dokumentiert und nimmt Stellung. Sie überprüft das Budget mit dem IAFP und gibt dem Parlament die wesentlichen Ergebnisse und ihre Abstimmungsempfehlung bekannt. Das sind die gemäss Reglement über die Finanzkommission zusammengefassten Aufgaben der Finanzkommission.

Aufgrund dieser Aufgabenstellung hat sich die Finanzkommission an zwei Sitzungen – die erste im Juli 2016, die zweite im August 2016 – mit dem Budget 2017 auseinandergesetzt. An der ersten Sitzung wurde die Finanzkommission durch Professor Müller begleitet, der das Budget 2017 vorstellte und die Finanzlage der Gemeinde Köniz objektiv darlegte. An dieser Stelle danke ich der Verwaltung und dem Gemeinderat herzlich für die umfassende Information. Diese war hervorragend und ermöglichte der Finanzkommission mit den Zahlen umgehen zu können. Auch wurden Direktionsbesuche durch die Finanzkommissionsmitglieder getätigt. Diese Besuche dienen hauptsächlich dazu, den zuständigen Mitgliedern der Finanzkommission einen genauen Einblick in die finanziellen Strukturen und Spezialitäten zu geben und die wichtigsten Aufgaben vorzustellen.

Grundsätzlich lobt die Finanzkommission die Arbeit des Gemeinderats. Die schon lange von der Finanzkommission gewünschte Finanzstrategie wurde vom Gemeinderat erarbeitet und liegt nun endlich als solide Basis für die Gemeinde und für das Budget 2017 vor. Wir danken allen herzlich, die sich an der Erarbeitung der Finanzstrategie betätigt haben.

In der Finanzkommission wurde Folgendes diskutiert: Im Vorfeld zum Budget 2017 und im Wissen um die beantragte Erhöhung des Steuerfusses hat die Finanzkommission versucht, Alternativszenarien zu erarbeiten. Ich will Ihnen einiges daraus nicht vorenthalten: Erstens wurde diskutiert, ob allenfalls – weil der Investitionsbedarf der Gemeinde Köniz bekannt ist – projektbezogene Steuererhöhungen möglich wären. Das schien uns eine gute Idee, die leider aus juristischen Gründen nicht machbar ist. Ergo wurde diese Möglichkeit gleich wieder verworfen. Zweitens kam der Vorschlag auf, die Erhöhung des Steuerfusses so lange zu gewähren, als der Investitionsbedarf der Gemeinde Köniz höher ist und danach wieder zu senken. Aber auch das ist nicht machbar, weil einerseits das Budget dem Parlament jährlich vorgelegt werden muss und andererseits der aktuelle Gemeinderat dem nächsten kein solches Versprechen auferlegen will und dieser dann schauen muss, wie er damit zurecht kommen soll. Aus diesen beiden Gründen löste sich leider auch diese Alternative in Luft auf. Weiter wurden die Zinsschwankungen und das Risiko der Zinsbelastungen diskutiert. Dem Gemeinderat wurde vorgeschlagen, ein Instrument zu erarbeiten, mit welchem die Zinsschwankungen abgesichert werden können. Dazu erbat sich die Finanzkommission die Erarbeitung von mehreren Szenarien zur langfristigen Zinsentwicklung. Der Gemeinderat hat – herzlichen Dank dafür – die Empfehlung angenommen und ist heute an der Erarbeitung eines Reglements zur Rückstellung für Zinsschwankungen. Dieses Reglement wird dem Parlament 2017 präsentiert. Die uns vorgestellten Szenarien und die Entwicklung der Zinsen wurden von der Finanzkommission entgegengenommen und es sieht in meinen Augen so aus, dass man sich in dieser Hinsicht nicht allzu grosse Sorgen machen muss.

Im Weiteren schlug die Finanzkommission dem Gemeinderat vor, dem Parlament das Budget 2017 in zwei Varianten – eine mit und eine ohne Steuererhöhung – vorzulegen. Leider trat der Gemeinderat nicht auf diese Empfehlung ein. Wäre dies vorgenommen worden, hätten wir heute über zwei Varianten debattieren können.

So liegt uns nun das bereits bekannte Budget 2017 vor. Ich betone nochmals, dass die Finanzkommission die Arbeit von Verwaltung und Gemeinderat würdigt. Dank der Tatsache, dass eine taugliche Finanzstrategie mit Eckpunkten vorliegt, besteht eine nachvollziehbare Basis für die Erarbeitung des Budgets. Die uns vorliegenden Unterlagen sind geprüft worden, gut vorbereitet und entscheidureif. Die Kernaussagen sind mehrheitlich nachvollziehbar. Was den Inhalt des Budgets 2017 betrifft, debattierte die Finanzkommission lange darüber, gelangte jedoch nicht zu einer einhelligen Meinung, weil die einzelnen Inhalte verschieden gewürdigt werden.

Einzelne Anträge zum Inhalt sind aus den Reihen der Finanzkommission keine eingebracht worden und das Resultat der Empfehlung der Finanzkommission an das Parlament sieht wie folgt aus: Die Finanzkommission empfiehlt dem Parlament mit 3 : 3 Stimmen bei 1 Enthaltung und dem Stichtscheid der Präsidentin der Finanzkommission, die Anträge des Gemeinderats in Ziffer 1 abzulehnen.

Unter diesem Gesichtspunkt wäre es nicht mehr notwendig gewesen, über die Abstimmungsbotschaft und den Stimmzettel zu entscheiden. Die Finanzkommission entschied sich trotzdem dafür; dies unter dem Aspekt der Annahme des Budgets 2017 durch das Parlament. Sie arbeitete Anträge aus, die in die Abstimmungsbotschaft einfließen. Diese Anträge liegen Ihnen schriftlich vor. Die Änderungsanträge wurden von der Finanzkommission einstimmig beschlossen.

Änderungsantrag Finanzkommission zur Abstimmungsbotschaft, Seite 10: „Bei der ersten Verwendung von Fachbegriffen ist auf das Glossar zu verweisen.“

Änderungsantrag Finanzkommission zur Abstimmungsbotschaft, Seite 12: „Die Auswirkungen der Steuerbelastung (Tabelle) sind mit dem Durchschnittseinkommen der Könizer Steuerzahlenden darzustellen. Ein weiteres Beispiel ist mit einem tieferen Einkommen zu berechnen. Die Zahlen des vorliegenden Beispiels sind zu überprüfen. Die Aufgabenüberprüfung ist in der Botschaft besser zu erklären, allenfalls in einem separaten Kapitel.“

Die Vor- und Nachteile einer Steuererhöhung wurden intensiv diskutiert. Ich gebe einen Überblick über die wichtigsten Argumente der Finanzkommission: Für eine Steuererhöhung spricht der vorhandene Investitionsbedarf der Gemeinde Köniz, das ist uns allen bewusst. Die Befürworter einer Steuererhöhung sehen darin einen der Hauptgründe. Wichtig ist auch, dass die Gemeinde einen finanziellen Handlungsspielraum erhalten soll, der es erlaubt, die Investitionen zu tätigen, wie auch, den „Nachkommen“ des aktuellen Gemeinderats nicht eine leere Gemeindegasse übergeben zu müssen. Ein weiterer Punkt, der für eine Steuererhöhung sprechen würde, ist der Selbstfinanzierungsgrad der Gemeinde Köniz. Dieser sollte mindestens 75 Prozent betragen und davon ist die Gemeinde Köniz weit entfernt, sie befindet sich auf einem kritischen Level. Diese Lücke könnte mit einer Steuererhöhung verkleinert werden.

Gründe die gegen eine Steuererhöhung sprechen: Vorab die im Vorfeld bereits kritisierte Aufgabenüberprüfung des Gemeinderats, wo klar definiert worden ist, dass dort hauptsächlich auf der Ertragsseite innovative Gedanken vorhanden sind und allenfalls auch gewisse versteckte Steuererhöhungen vorhanden waren. Effektive Sparmassnahmen werden in der Aufgabenüberprüfung vermisst. Effektive Reduktionen der Ausgaben sind nicht wirklich vorgeschlagen worden. Hier ist man der Ansicht, dass noch viel Platz für Neues vorhanden ist. Ein weiterer Punkt ist die Neubewertung des Finanzvermögens, das – leider in der Höhe noch nicht genau definierte – stille Reserven beinhaltet. Der Betrag liegt gemäss uns vorliegenden Unterlagen zwischen 20 und 25 Millionen Franken, allenfalls sogar noch höher. Diese stillen Reserven können, allerdings erst nach fünf Jahren über weitere fünf Jahre verteilt, dem Eigenkapital zugeschrieben werden; das aber definitiv.

Das waren die Überlegungen der Finanzkommission.

Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP): Ich danke der Finanzkommission und deren Direktionsreferenten für die gute und konstruktive Zusammenarbeit in letzter Zeit.

Der Gemeinderat legt dem Parlament zuhanden der Stimmbevölkerung ein ausgeglichenes Budget 2017 vor. Zugleich beantragt der Gemeinderat eine Erhöhung des Steuerfusses von 1.49 auf 1.54 Einheiten. Die wichtigsten Überlegungen des Gemeinderats dazu und die dem Budget 2017 zugrunde liegende Strategie sind folgende: Der Gemeinderat hat sich in den letzten Monaten intensiv mit der Finanzsituation der Gemeinde Köniz beschäftigt. Er hat die Finanzstrategie erarbeitet, konkrete Massnahmen beschlossen und zum Teil bereits umgesetzt. Nochmals die wichtigsten Erkenntnisse und Beschlüsse: Als Ausgangslage kann festgehalten werden, dass die laufenden Ausgaben einigermaßen im Lot sind und die laufende Rechnung der Gemeinde Köniz über kein strukturelles Defizit verfügt. Dabei gilt es jedoch zu berücksichtigen, dass wesentliche Kosten nicht durch den Gemeinderat beeinflusst werden können, wie beispielsweise die FILAG- oder die Sozialhilfekosten. In den nächsten Jahren hat die Gemeinde einen hohen Investitionsbedarf. Deshalb hat der Gemeinderat alle wesentlichen Kosten aufgenommen, die den weiteren Betrieb der Gemeindeverwaltung, aber auch die Weiterentwicklung der Gemeinde Köniz beinhalten. Insbesondere sind Investitionen für Schulanlagen aufgrund der steigenden Schülerzahlen und für die Realisierung eines neuen Quartiers im Ried-Niederwangen notwendig.

Mit einer normalen Finanzentwicklung sollte unsere Gemeinde pro Jahr ca. 20 Millionen Franken investieren. Der Investitionsbedarf ist jedoch für die nächsten sechs Jahre mit total 180 Millionen Franken um 60 Millionen Franken höher. In der Abstimmungsbotschaft ist eine Übersicht der wichtigsten Investitionen enthalten. Die Folgekosten dieser Investitionen werden in Zukunft die Erfolgsrechnung belasten. Der Gemeinderat hat ausgabenseitig folgende Massnahmen beschlossen: Er nahm eine Aufgabenüberprüfung vor und schlägt Massnahmen zur Verbesserung der Finanzsituation von insgesamt 5 Millionen Franken vor. Der Gemeinderat wird auch in Zukunft die Ausgaben reduzieren müssen. Einnahmenseitig: Die Folgekosten der Investitionen können nicht nur mit Ausgabenkürzungen aufgefangen werden, denn sonst wäre unser Eigenkapital schnell aufgebraucht. Eine weitere Sparrunde ist nach Ansicht des Gemeinderats nicht sinnvoll und würde der Attraktivität der Gemeinde Köniz schaden. Die Gemeinde Köniz benötigt zusätzliche Einnahmen und deshalb beantragt der Gemeinderat eine Erhöhung des Steuerfusses von 1.49 auf 1.54 Einheiten.

Als institutionelle Massnahmen zur Stabilisierung der Finanzen hat der Gemeinderat im Grundsatz die Einführung einer Zinsschwankungsreserve beschlossen und er wird dem Parlament ein entsprechendes Reglement vorlegen. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass nur ein Paket von Massnahmen auf Ausgaben- und Einnahmenseite das finanzielle Gleichgewicht längerfristig sicherstellen wird.

Einige generelle Bemerkungen: Das vorliegende Budget 2017 basiert auf der vorhin gelobten Finanzstrategie. Für die Realisierung der anstehenden Investitionen benötigt die Gemeinde Köniz aber höhere Steuereinnahmen und auch der Schuldenanstieg soll gebremst werden. Die neue Steueranlage ist durchaus auch vergleichbar mit Nachbargemeinden. Die Gemeinde Köniz will weiterhin ein attraktiver Wohn- und Arbeitsort sein, mit guten Angeboten an öffentlichen Leistungen für die Bevölkerung und für die Wirtschaft. Die anstehenden Investitionen müssen jetzt realisiert werden und dürfen nicht auf zukünftige Generationen abgeschoben werden.

Meine Schlussbemerkungen: Ich bitte Sie, sich die Folgen Ihres Entscheides gut zu überlegen. Der Gemeinderat hat seine Verantwortung wahrgenommen. Er hat die Finanzlage analysiert und auf der Basis von Fakten eine Finanzstrategie ausgearbeitet. Basierend darauf legen wir dem Parlament das vorliegende Budget 2017 vor, mit Vorschlägen und Massnahmen und einer moderaten Erhöhung des Steuerfusses.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die Massnahmen notwendig sind und nun umgesetzt werden sollen, damit der zukünftige Gemeinderat, aber auch das zukünftige Parlament, Handlungsspielraum haben. Wir haben unsere Verantwortung wahrgenommen. Ich bitte das Parlament, dies zu estimieren.

Ich bitte das Parlament heute Abend die rosa und die schwarze Bille abzulegen. Nehmen Sie jene Brille, mit welcher Sie den Durchblick haben. Wenn Sie damit klarer sehen, mag es unter Umständen hart sein, einen Entscheid fällen zu müssen, es ist jedoch wichtig, den Durchblick zu haben.

Fraktionssprecher Ueli Witschi (BDP): Ueli Studer, Sie haben mir einen Steigbügel gereicht! Wir haben versucht, die klare Brille anzuziehen, obwohl wahrscheinlich keine¹ emotionale Debatte zu erwarten ist. Das Budget ist letztendlich eine Planungsgrösse, trotzdem ist es für uns ein Richtungsentscheid. Um die Haltung der BDP verständlich zu machen, muss ich zuerst zusammenfassen, wie wir den finanziellen Stand der Gemeinde begreifen. Grundlage dafür bildet neben den Sitzungsunterlagen die bereits erwähnte Finanzstrategie. Aus unserer Sicht hat die Gemeinde grundsätzlich kein Problem mit den laufenden Ausgaben. Sie hat aber in den letzten Jahren die Investitionen vernachlässigt; hier besteht also Nachholbedarf. Sie hat aber zu wenig Cashflow, um die anstehenden Investitionen zu finanzieren, auch ihre Eigenkapitaldecke ist bereits ziemlich dünn. Dies ist der Stand nach unserem Verständnis. Gemäss unserer Interpretation besteht kein akutes Problem, aber mittel- bis längerfristig geht es nicht auf, weil zu wenig Geld da ist. Für uns ergibt dies das Bild einer Familie, die auf einem attraktiven Standard lebt, aber keine Reserven bildet bzw. gebildet hat, und nun soll plötzlich das Haus renoviert oder erweitert werden, wofür jedoch das Geld fehlt. Wie wollen wir jetzt damit umgehen? Wir können mehr Geld zur Verfügung stellen oder wir können versuchen², mit den aktuellen Mitteln auszukommen, d.h. die Ausgaben drosseln, was relativ einfach ist. Die Variante 1 – mehr Geld zur Verfügung zu stellen – führt dazu, dass man im operativen Bereich bei den laufenden Ausgaben fast so weitermacht wie bis anhin. Das birgt eben die Gefahr, dass man tatsächlich so weitermacht wie bis anhin und trotz mehr Geld nicht die richtigen Prioritäten setzt und gleichwohl keine Reserven gebildet werden. Bezüglich der Variante 2 hat die Diskussion über den Bericht zur Aufgabenprüfung des Gemeinderates gezeigt, dass Einsparpotenzial vorhanden ist. Der Gemeinderat signalisiert mit seinen Angaben in der Finanzstrategie selber, dass er 2 Mio. Franken einsparen will. So wie ich die Voten quer durch alle Parteien verstanden habe, besteht auf der anderen Seite die Auffassung, dass man genauer hätte hinschauen können bzw. mehr Einsparpotenzial vorhanden wäre. Die Variante 2 bedingt jedoch klarerweise eine Verhaltensänderung. Einerseits von Seiten des Gemeinderates, dass er eben kritischer hinschaut, andererseits auch des Parlaments, dass die Bereitschaft wächst, einen parteiübergreifenden Konsens zu erzielen, um auf gewisse Dinge zu verzichten oder vielleicht Fragestellungen zu ändern, zum Beispiel in die Richtung, ob wir eine reparierte Schwarzenburgstrasse oder renovierte Schulhäuser wollen. Die BDP hat sich einstimmig für den zweiten Weg entschieden, d.h. wir werden heute Abend eine Steuererhöhung ablehnen. Ich bitte Sie, dem Budget ohne Steuererhöhung zähneknirschend zuzustimmen – eben mit dem bestehenden Steuersatz. Wir werden aber den Gemeinderat mit gezielten Vorstössen aktiv unterstützen, das Aufwandwachstum zu stoppen bzw. den nötigen Cashflow zu generieren. Wir fordern auch ein, dass die anstehenden Investitionen, insbesondere diejenigen in die Bildungsinfrastruktur, getätigt werden. Warum haben wir uns so entschieden? Wir benötigen diesen Richtungswechsel in der Könizer Finanzpolitik, wobei ein solcher in der Regel nur über einen gewissen Leidensdruck möglich ist. Über Vorstösse eingebrachte Verzichte³ zu Sparvorschlägen werden zwar nicht im nächsten Jahr ausgabenwirksam, finanziell wird aber kein Fiasko resultieren. Die Gemeinde wird also vom Kanton nicht gleich „bevogtet“ werden. Nach unserer Einschätzung wird das Budget um circa 1 Mio. Franken rot und die Eigenkapitaldecke noch ein bisschen dünner. Aus unserer Sicht sind Vorstösse wirksamere Instrumente als Budgetbeschlüsse. Letztere werden in der Regel nicht sehr fundiert diskutiert, weil wir diese bloss als Tischvorlage erhalten und sie sich letztendlich nur in Planung befinden. Wir appellieren heute an alle Parlamentarier und Parlamentarierinnen, sich vor der Schlussabstimmung nochmals das Bild der Familie vor Augen zu führen und sich ernsthaft zu fragen, ob wir um mehr Geld nachfragen oder in eine Verhaltensänderung einschwenken wollen, d.h. in eine echte Aufgabenüberprüfung. Letzteres wäre für die BDP der nachhaltigere Weg.

¹ An dieser Stelle wurde bei der Genehmigung des Protokolls eine Änderung verlangt.

² An dieser Stelle wurde bei der Genehmigung des Protokolls eine Änderung verlangt.

³ An dieser Stelle wurde bei der Genehmigung des Protokolls eine Änderung verlangt.

Fraktionssprecher Stefan Lehmann (SVP): Das Budget mit der Steuererhöhung liegt nun also vor. Letztes Jahr hatte sich der Gemeinderat noch davor geziert. Dieses Budget wird uns und der Könizer Bevölkerung mit dem in den nächsten Jahren grossen Investitionsbedarf verkauft. Köniz wächst und dafür muss die nötige Infrastruktur bereitgestellt werden. Dies sind auch die Folgen der grossen Wachstumsprojekte, die wir in den letzten Jahren bewilligt haben. In den nächsten Jahren sollen die Investitionen auf 30 Mio. Franken angehoben werden; für wichtige neue Projekte wie das Schulhaus Ried, aber auch für den Abbau von Nachholbedarf, vor allem bei bestehenden Schul- und Sportanlagen. Wer wollte schon dagegen sein? Auch die SVP-Fraktion sieht diesen Bedarf durchaus, selbst wenn nicht alles so verwirklicht werden sollte, wie es jetzt geplant ist. Die Kehrseite der Medaille: Die Verschuldung der Gemeinde Köniz wird bis ins Jahr 2021 mit Steuererhöhung auf sage und schreibe 348 Mio. oder ohne Steuererhöhung auf 364 Mio. Franken ansteigen. Dies sind ungefähr 100 Mio. Franken mehr als heute. Davor verschliessen wir uns nicht. Wir sehen diese Entwicklung, auf welche wir schon lange hingewiesen haben. Wie baut man Schulden ab? Dies ist nur durch das Erarbeiten von Cash-flow möglich, d.h. in unserem Fall vor allem durch Abschreibungen. Bei unserem momentanen Finanzierungsgrad sind Rechnungsüberschüsse nicht möglich. Der Gemeinderat hat dies denn auch erkannt und möchte mit dem zusätzlichen halben Steuerzehntel zusätzliche 2 Mio. Franken abschreiben. So weit, so gut. Hier ist anzufügen, dass wir mit der Einführung von HRM2 die zwingenden Abschreibungen für die nächsten paar Jahre ungefähr halbiert haben werden. Nach HRM1 wären im Jahr 2017 ungefähr 14,4 Mio. Franken an Abschreibungen zu tätigen, nach HRM2 sind es nur noch 7,6 Mio. Franken. Diese 7 Mio. Franken stehen also der Erfolgsrechnung für Ausgaben zusätzlich zur Verfügung. In der Konsequenz verschärft also HRM2 durch die tieferen Abschreibungen die Verschuldungssituation, denn in der Erfolgsrechnung stehen sie eigentlich für Mehrausgaben zur Verfügung. In dieser Situation kann es durchaus sinnvoll sein, zusätzliche Abschreibungen zu tätigen. Die Frage ist, ob auch eine befristete Steuererhöhung angebracht sein könnte. Dahinter könnte sich vielleicht auch die SVP-Fraktion stellen. Jetzt kommt jedoch das grosse Aber: Für die SVP-Fraktion kommt dies nur nach einer seriösen Aufgabenüberprüfung infrage und vor allem erst, wenn verbindlich geregelt ist, wofür diese Steuererhöhung verwendet wird; im vorliegenden Budget ist dies nicht der Fall. Zwar sind zusätzliche Abschreibungen vorgesehen, verbindlich sind diese aber nicht. Schliesst die Rechnung schlechter ab als erwartet, kann es durchaus sein, dass diese Abschreibungen wieder gestrichen werden. Ganz zu schweigen von den folgenden Jahren. Die Steuererhöhung öffnet dem Gemeinderat und Parlament Tür und Tor, diese einfach zu konsumieren. Deshalb lehnen wird die vorgeschlagene Steuererhöhung ab. Heute Abend besteht keine Möglichkeit, den Verwendungszweck dieser Steuererhöhung mit Anträgen zu regeln. Abklärungen haben ergeben, dass dies nur mit einer Spezialfinanzierung mit eigenem Reglement möglich ist. Sollte der Gemeinderat eine solche Spezialfinanzierung planen und vorlegen, könnten wir vielleicht in einem Jahr auf unseren Entscheid zurückkommen. Dann könnten wir der Bevölkerung auch mit gutem Gewissen sagen, dass diese Steuererhöhung eine Investition in die Zukunft der Gemeinde Köniz ist. Zur Aufgabenüberprüfung und im Besonderen zur Lerbermatt werden wir uns in der Detailberatung äussern. Die SVP-Fraktion stellt zu Ziffer 1.1 des Antrag des Gemeinderates folgenden Änderungsantrag: „Im Jahr 2017 sind folgende Steuern zu erheben: a) Die ordentlichen Gemeindesteuern im 1.49-fachen Betrag der für die Kantonssteuern geltenden Einheitssätze.“ Die SVP-Fraktion wird dem Budget 2017 mit dem entstehenden Defizit zustimmen. Sollte unser Antrag nicht angenommen werden, lehnen wir das Budget ab.

Parlamentspräsident Markus Willi: Ich halte zuhanden des Protokolls fest, dass die SVP-Fraktion dem gemeinderätlichen Antrag einen Antrag um Beibehaltung des aktuellen Steuersatzes gegenüberstellt.

Fraktionssprecher Christian Roth (SP): Die SP-Fraktion kommt zum Schluss, dass die neue Finanzstrategie des Gemeinderates Sinn macht. Die neue Finanzstrategie berücksichtigt die Entwicklung der Gemeinde, die drängenden Investitionen, die getätigt werden müssen, und auch die gegenwärtige Finanzlage der Gemeinde. Wir halten aber gleich zu Beginn fest, dass dabei einzig die finanzpolitische Grosswetterlage ausser Acht gelassen worden ist. Wir möchten dem Gemeinderat und Parlament mitgeben, dass es aus unserer Sicht angebracht gewesen wäre, zumindest die Unternehmenssteuerreform (USR) III, einschliesslich die vom Kanton Bern angestrebte Reorganisation der Finanzen mit ihren jeweiligen Auswirkungen, in der Botschaft darzustellen. Das haben wir vermisst, weil es unerwähnt bleibt. Selbst wenn diese Unklarheit noch vorhanden ist, können wir davon ausgehen, dass nach Inkrafttreten dieser Änderung noch grössere Steueraufälle auf uns zukommen werden.

Die vom Gemeinderat erarbeitete Finanzstrategie ist also sinnvoll. Das Budget 2017 bildet einen Puzzlestein, der richtig und gut eingebettet ist. Das Budget besteht aus zwei Teilen. Die Umsetzung der Aufgabenüberprüfung und die Steuererhöhung, wozu die SP Folgendes festhält: Das vorliegende Budget enthält verschiedene Sparmassnahmen, die aus Sicht der SP durchaus bestritten werden sollten. Wir haben keine Freude an Kürzungen in den Bereichen der Bibliothek, der Musikschule, der freiwilligen Beratung, beim Personal der Tagesschule. Wie es der Gemeindepräsident schon sagte, nimmt der Gemeinderat aber seine Verantwortung wahr, indem er dieses Budget vorlegt. Die SP hilft mit, diese Verantwortung zu tragen und akzeptiert das Budget als Gesamtpaket. Beginnen wir heute Abend, das Budget 2017 zu öffnen, stellen wir fest, dass es viel Hitze enthält. Daher sind wir bereit, in der Detaildebatte auf Anträge zu verzichten, sofern die anderen Parteien dies ebenfalls tun. Dieses Angebot der SP wird eventuell nicht aufgegriffen, da ich festgestellt habe, dass bereits entsprechende Anträge vorhanden sind. Trotzdem scheint es uns wichtig, darauf zu verzichten. Das heisst natürlich nicht, dass sich die SP nicht weiterhin gegen Sparbemühungen zulasten von Familien und Menschen mit wenig Geld wehren wird. Denn wir halten es nach wie vor mit der Präambel der Bundesverfassung: „dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen“. Daran sollten wir auch das Budget 2017 messen.

Zur Steuererhöhung: Bekanntlich enthält das Budget 2017 die umstrittene Steuererhöhung. Die SP ist der Meinung, dass diese jetzt nötig ist, weil wir nur so die grossen Investitionen bewältigen können. Die Finanzen der Gemeinde Köniz sollen gesund bleiben, ohne Steuererhöhung funktioniert dieser Plan aber nicht. Denn nur mit diesem sauren Teil eines sonst wohl feinen Apfels bezahlen wir heute, was wir konsumieren bzw. investieren, ohne dabei auf Pump der nachfolgenden Steuerzahler zu leben. Hier passt das von Ueli Witschi verwendete Bild wunderbar. Wenn wir die Steuern nicht erhöhen, müssen wir der Familie empfehlen, einen Kleinkredit aufzunehmen. Die Steuererhöhung wird heftig umstritten sein. Ich hatte gehofft, der BDP-Vertreter würde ein anderes Votum abgeben. Bei den Bürgerlichen in Köniz scheint es eine Art Reflex zu geben. Sobald sie „Steuererhöhung“ hören, sagen sie sofort Nein. Es zeichnet sich ab und ich gehe davon aus, dass auch die FDP entsprechend argumentieren wird. Uns würde es aber interessieren, wo alternativ zur Steuererhöhung grosse Sparbrocken angepackt werden könnten. Dies würden wir uns sehr gerne anhören. Bleiben wir bei den Fakten. Es handelt sich um eine moderate Steuererhöhung, die uns in der Region angemessene Steuern einbringt. Diese wird uns nicht zu Boden reiten. Es ist ein wenig absurd. Bis anhin bestreitet niemand die Notwendigkeit von Investitionen – im Gegenteil: Es wurde richtig analysiert, dass ein Nachholbedarf besteht, worauf sämtliche bzw. viele Parteien immer wieder hinweisen. Ich habe auch nicht gehört, dass die Höhe der Investitionen bestritten wäre, und es wird verstanden, dass die Investitionen wenn möglich mit eigenem Geld getätigt werden sollen. Ansonsten sinkt unser Eigenfinanzierungsgrad weiter und weiter. Das ist nichts anderes als Schuldenwirtschaft. Ich bedaure zu hören, dass die Bürgerlichen scheinbar lieber Schulden machen und – um das Bild der Familie aufzunehmen – ihr eben einen Kleinkredit verordnen wollen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Gemeinde damit ihren Handlungsspielraum immer mehr einschränkt. Sonst müsste das Parlament nicht immer häufiger über Beträge im Mikrobereich – im Verhältnis zum Gesamtbudget – diskutieren. Das Erarbeiten eines Budgets ist ein Krampf und im September sogar ein doppelter, weil noch viele Dinge unklar sind. Die Finanzkommission hat solche Aussagen durchaus gehört. In diesem Zusammenhang danke ich im Namen der SP-Fraktion der Verwaltung herzlich. Im Rahmen der Aufgabenprüfung wurde auch die Effizienzsteigerung beim Personal erwähnt, wobei wir sehen müssen, dass das Personal einen enormen Effort geleistet hat, um diese Arbeit abzuliefern. Es ist uns wichtig, dem Gemeinderat und der Verwaltung diesen Dank mitzugeben. Betrachten wir die Prozesse, so sind die Zahlen wahrscheinlich nicht genauer geworden als in den anderen Jahren. An verschiedenen Stellen wurde das Budget bereits von der Gegenwart überholt. Wahrscheinlich werden wir dies bei der Finanzierung der Spez-Sek-Klasse Lerbermatt noch hören. Zusammenfassend – und damit komme ich zum Schluss – teilt die SP die Einschätzung des Gemeinderates in den wesentlichen Fragen. Wir unterstützen die Bemühungen, eine nachhaltige Finanzierung der Investitionen zu tätigen. Dazu gehören ebenfalls Mehreinnahmen. Es ist auch richtig, dass der Gemeinderat immer wieder prüft, welche bestehenden Aufgaben zukünftig optimiert werden können. Wo kann etwas weggelassen werden, bevor unbesehen neue Ausgaben beschlossen werden? Die SP kritisiert hingegen die Kürzungen im Bildungs-, Kultur- und Sozialbereich. Wir sind aber bereit, diese Kröte zu schlucken. Denn unser Ziel lautet, der Gemeinde Köniz eine nachhaltige Finanzpolitik zu ermöglichen. Um dies mit den Worten von Willy Meurer zu sagen: „Wer mit dem Kopf durch die Wand geht, hat mit dem Verstand nicht die Türe gesucht.“ Dies riskieren wir mit dem Budget 2017, dem Öffnen der Büchse der Pandora. Die SP empfiehlt daher, den Deckel darauf zu belassen.

Fraktionssprecherin Iris Widmer (Grüne): Ich versuche, unsere Gedanken in fünf Minuten darzulegen, wobei ich die Zeitvorgabe vermutlich leicht überschreiten werde. Ich bemühe mich aber, damit ich mich danach nicht noch einmal äussern muss. Zur Ausgangslage und zum Handlungsbedarf: Wie auch andere Parteien sind wir der Auffassung, dass der Sach- und Personalbedarf von Köniz nicht übermässig hoch ist. Köniz hat zwei Aufgabenüberprüfungsprogramme vorgenommen, und wie wir es bereits bei der Rechnung gesagt haben, gehen wir nicht davon aus, dass hier noch sehr viel Luft besteht. Wie im Antrag auf Seite 9 ersichtlich, stehen in Köniz zahlreiche Investitionen an. Unseres Erachtens sind einige davon unumgänglich; diese können und sollen nicht aufgeschoben werden. In der Finanzstrategie ist von Nachholbedarf die Rede, was also Versäumnisse der Gemeinde betreffen würde. Wir von Seiten der Grünen haben immer wieder betont, dass es sich in den meisten Fällen um Vorinvestitionen handelt. Das ist bestimmt beim Schulhaus Ried der Fall. Vereinzelt geht es aber sicher auch um Vergangenheitsbewältigung, wir denken dabei speziell an das Gemeindehaus. In diese Investitionen, die Köniz nun tätigen muss, sind wir natürlich nicht einfach hineingerutscht. Die Investitionssituation ist Ausdruck einer Wachstumsstrategie, welche die Gemeinde Köniz in der Vergangenheit verfolgt hat. Viele Investitionen sind die Folge von Entscheidungen, welche vor circa zehn Jahren gefällt oder in die Wege geleitet wurden. Wer A sagt, muss jetzt auch B sagen. Wer das Bevölkerungswachstum begünstigt, muss auch hinsichtlich der Infrastruktur die Konsequenzen tragen. Wir Grünen kritisieren oder bedauern aber die vergangenen Entscheidungen nicht. Im Gegenteil: Aus unserer Sicht ist es richtig, dass ein hervorragend erschlossenes Köniz verdichtet und entwickelt wird und der ländliche Raum nicht weiter zubetoniert und zersiedelt wird. Köniz hat die schweizerische Raumplanungspolitik hervorragend umgesetzt. Wenn wir aber diese Investitionen ohne Weiteres tätigen, nehmen die Schulden von Köniz zu. Die Schulden würden das Eigenkapital aufessen und eine solche Entwicklung der Finanzen wäre nicht nachhaltig. Was jetzt? Grundlage unserer Diskussion in der Fraktion war die vom Gemeinderat vorgelegte Finanzstrategie. Diese scheint uns einleuchtend und plausibel, der Handlungsbedarf ist ausgewiesen, ohne dabei die Lage zu dramatisieren. Wir begrüßen auch, dass uns diese jetzt und ebenfalls zukünftig regelmässig vorgelegt wird. Wir sind nach dem Schema auf Seite 16 der Präsentation der Finanzstrategie, „Beurteilung der Handlungsoptionen“, vorgegangen. Zur Handlungsoption „Aufgaben reduzieren“: Unsere Haltung zur Aufgabenüberprüfung konnte ich bereits im April darlegen. Wir haben uns zu vielen Einsparungen kritisch geäußert. Deshalb äussere ich mich nur noch zu wenigen Punkten. Ein Punkt betraf die Bibliothek. Wir sind nicht damit einverstanden, dass dort derart viel gespart werden soll und stellen deshalb den Antrag, den Heidi Eberhard später noch begründen wird. Die Kürzung um 50'000 Franken würde nämlich unseren Planungsbeschluss infrage stellen. Eine Kürzung in diesem Umfang würde den Standort Niederwangen bedrohen; es könnte sein, dass er geschlossen werden müsste. Das wollen wir nicht. Zur Spez-Sek: Bereits im April sagte ich, dass wir uns deren Schliessung durchaus vorstellen könnten. Für uns besteht kein Grund, am Standort Lerbermatt festzuhalten, wenn dieses Bildungsangebot gleichwertig und günstig an der Oberstufe angeboten werden kann. Wir möchten aber zuerst eine Diskussion über die Bildungsstrategie führen, bevor wir diesen Entscheid fällen. Für uns muss zudem ein verantwortungsvoller Umgang mit den Lehrpersonen sichergestellt sein, daher scheint die für 2017 vorgesehene Einsparung unrealistisch. Deshalb haben wir zusammen mit der GLP einen Antrag gestellt.

Nun zum Gemeindehaus: Dieses ist für uns eine klare Sache. Für die Gemeinde ist dies ein gutes Geschäft, wir sparen 1 Mio. Franken Miete pro Jahr. Zwar müssen wir ein wenig Geld aufnehmen, aber das ist wesentlich günstiger, als diesen hohen Mietzins zu bezahlen. Insgesamt sehen wir kein substanzielles Einsparungspotenzial, falls Köniz weiterhin eine attraktive Gemeinde mit einer hohen Lebensqualität bleiben will. Zur Handlungsoption „Investitionen reduzieren“: Ich habe bereits gesagt, dass die meisten Investitionen unumgänglich sind und nicht weiter aufgeschoben werden sollten. Wir sehen nicht, auf welche Investitionen verzichtet werden könnte, ohne dass Nachfolgeprobleme entstehen. Die Handlungsoption „Desinvestition“, d.h. der Verkauf von Finanzvermögen, bringt unseres Erachtens nichts. Es bleibt die Handlungsoption „Steuererhöhung“. Wir unterstützen die Steuererhöhung, die wir als moderat bezeichnen. Diese haben wir anhand des „Kaffeetassenindex“ überprüft und dabei die neuesten Zahlen der Verwaltung zugrunde gelegt. Bei einem Einkommen von 60'000 bis 80'000 Franken und einem durchschnittlichen Preis für eine Tasse Kaffee von 4.20 Franken in der Schweiz macht dies monatlich circa eine bis zwei Tassen aus. Bei einem Einkommen von 120'000 Franken sind es etwa drei bis vier. Es ist auch richtig, dass jene mit höheren Einkommen etwas mehr bezahlen müssen, denn sie sind wirtschaftlich leistungsfähiger. Unser Fazit lautet: Wir erachten eine Steuererhöhung in diesem Umfang als wirklich massvoll und liegen damit nicht höher als in der Stadt Bern.

Wir möchten aber den Gemeinderat darauf behaften, dass das durch die Steuererhöhung eingenommene Geld tatsächlich für Investitionen verwendet wird und nicht für andere Zwecke, wie die SVP befürchtet. Eine projektbezogene Steuererhöhung kann nicht rechtlich verbindlich realisiert werden; dies haben wir in der Finanzkommission abgeklärt und zur Kenntnis genommen, aber für uns ist klar, dass dieses Geld gedanklich zu den Investitionen gehört. Was passiert, wenn die Investitionsphase vorbei ist? Eine Befristung der Steuererhöhung ist rechtlich ebenfalls nicht möglich, auch dies wurde abgeklärt. Falls die Investitionen vorbei und wieder auf einem normalen Niveau sind, können unseres Erachtens bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen – und ich betone: bei gleichbleibenden – die Steuern erneut gesenkt werden. Ausserdem sollten die durch die Wachstums- und Entwicklungsstrategie erwarteten Steuereinnahmen auch wirklich fließen. Deshalb erachten wir diese Steuererhöhung als temporär und erwarten, dass in sechs bis sieben Jahren ernsthaft und akribisch geprüft wird, die Steuern wieder zu senken. Es ist nicht unrealistisch, darauf zu vertrauen. Denn aus der Vergangenheit wissen wir, dass der Gemeinderat die Steuern wieder gesenkt hatte.

Zum Ablehnungsantrag: Wir sehen kein weiteres Einsparungspotenzial, wenn Köniz eine attraktive Gemeinde mit hoher Lebensqualität und einem zeitgemässen Service public sein möchte, der Menschen anzieht, um in Köniz zu wohnen. Das hat seinen Preis. Aber wir bekommen auch etwas dafür zurück und zwar nicht nur die Steuereinnahmen, sondern in Form von Menschen, die in unsere Gemeinde ziehen und unser Gemeindeleben bereichern. Eine Ablehnung würde zu einer weiteren Zunahme der Verschuldung führen und dies wollen wir nicht. Ich habe es bereits gesagt: Diese Steuererhöhung ist mit ein, zwei Tassen Kaffee pro Monat wirklich moderat. Die Grünen folgen deshalb einstimmig dem Antrag 1.1. Dem Antrag 1.2 würden wir – falls es so weit kommt – unter Berücksichtigung der Anträge zur Spez-Sek und zur Bibliothek folgen.

Parlamentspräsident Markus Willi: Ich halte auch hier zuhanden des Protokolls fest, dass die Fraktion der Grünen den Antrag von Heidi Eberhard und Thomas Marti gleichwertig unterstützt, dahingehend, dass der Betrag für den Betrieb der öffentlichen Mediotheken erhöht werden soll. Ich nehme an, die entsprechenden Kontenanträge werden noch in der Detailberatung folgen.

Fraktionssprecher Hans-Peter Kohler (FDP): Ob wir es nun mit einer rosaroten oder schwarzen Brille betrachten, Köniz ist eine attraktive Gemeinde und wird auch ohne Steuererhöhung eine sehr attraktive Gemeinde bleiben. Steuererhöhungen sind notwendig, wenn es wirklich keinen anderen Weg gibt und dringend anstehende Vorhaben für die Bevölkerung von Köniz getätigt werden müssen. Diese Situation trifft jedoch nicht auf Köniz zu. Wir haben einen grossen Investitionsbedarf bei den Schulhäusern, darin sind sich alle Anwesenden einig. Man kann aber dem Investitionsbedarf mit einer weitsichtigen Planung, aber auch mit einer anderen Priorisierung gerecht werden, zum Beispiel beim Strassenbau, den Sanierungen und beim Unterhalt. Man kann Vorhaben auf der Zeitachse etwas nach hinten schieben. Das Geld, um das wirklich Wichtige zum richtigen Zeitpunkt zu tun, ist vorhanden. Köniz befindet sich nicht im Zerfall. Man könnte meinen, alles falle demnächst auseinander. Dem ist nicht so. Zudem nimmt eine Steuererhöhung bei gewissen Direktionen den Spardruck weg. Es besteht auch die Gefahr, dass die zusätzlichen Einnahmen von 3 Mio. Franken wirkungslos oder wirkungsarm verpuffen würden. Die FDP wünscht sich eine weitsichtige Planung, um eben die Investitionsspitzen – gut ersichtlich in der Grafik auf Seite 17 – vermeiden zu können. Was brauchen wir wann? Wie prioritär müssen wir etwas angehen? Wann müssen wir bestimmte Investitionen aus dem Bedarf wirklich tätigen? Hier könnten wir uns auch eine zusätzliche Rolle der Finanzkommission vorstellen. Der Gemeinderat hört dies vielleicht nicht gerne, doch regieren soll die Finanzkommission nicht, dies soll die Exekutive tun. Aber vielleicht könnte in den nächsten Jahren die Finanzkommission gemeinsam mit der Exekutive nach vorne schauen und sehen, was kommt, wie teuer dies ist und prüfen, ob immer das Teuerste gebraucht wird. Im gemeinsamen Austausch liesse sich die Planung verbessern. Ich möchte auch noch auf Punkte hinweisen, die sich gegebenenfalls positiv auswirken könnten; sie wurden wahrscheinlich teilweise schon genannt. Zu den Neubewertungsreserven des Finanzvermögens: Bezüglich Bewertungssystem der Liegenschaften konnten wir der Seite 26 entnehmen, dass dieses bis Ende August abgeschlossen sein soll. Haben wir hier schon ein Resultat bzw. wie sieht es aus? Dies wäre eine Frage an Ueli Studer. Die Neubewertung könnte sich auf die gesamten Finanzen günstig auswirken. Und was genau bedeutet der Ausweis eines Überschusses unter HRM2, wenn der Selbstfinanzierungsgrad unter 100 Prozent sinkt? Sieht es dann wirklich so schlecht aus oder ist es nicht zu einem gewissen Teil positiv, aber unter HRM2 eben nicht anders möglich? Vielleicht muss man in der heutigen Situation mit Negativzinsen auch über Kredite sprechen, wenn sehr dringende Investitionen anstehen. Zur Spez-Sek sage ich etwas, weil diese eine generelle Bedeutung hat:

Wir erachten es als unseriös, dass deren Abschaffung mittels einer ersten Rate von 100'000 Franken in den Budgetprozess integriert mit einer Steuererhöhung verbunden wird und auch noch dem Volk vorgelegt werden soll.

Das Bildungsreglement ist immer noch gültig. Der Gemeinderat weigert sich offenbar, dieses dem Parlament endlich einmal vorzulegen, denn das Parlament ist das dafür zuständige Organ. In der vorliegenden Botschaft zum Budget wird die Spez-Sek nicht einmal erwähnt. Die Bürgerinnen und Bürger wissen nicht einmal, dass hintenherum bereits 100'000 Franken ... Sie müssen nicht den Kopf schütteln, Gemeinderat Brönnimann! Es ist so, dies steht nirgends im Text der Botschaft. So geht es nicht! Wir sprechen nicht von einer Kürzung im Winterdienst oder von der Erhöhung der Abfallsackgebühren, sondern von einem gesamten Angebot, das geschlossen werden soll. Das Ganze betrachten wir als betrübliches Trauerspiel. Noch einmal, Kollege Brönnimann: Möchten Sie nicht einmal Klarheit darüber haben? Bringen Sie doch die Abänderung des Bildungsreglements einmal ins Parlament! Ich weiss nicht, weshalb Sie den Mut dazu nicht haben oder ob Sie von Ihren Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat davon abgehalten werden. Dies kann ich mir nicht vorstellen. Dadurch wird nämlich der Schritt vor das Könizer Volk immer wahrscheinlicher – unabhängig davon, was wir heute beschliessen. Auch heute Abend werden wir erneut nicht über die Spez-Sek beschliessen können. Deshalb hat die Spez-Sek in diesem Budgetprozess nichts zu suchen. Zusammenfassend ist die FDP – wie erwartet – klar für ein Budget ohne Steuererhöhung. Dem Antrag zur Spez-Sek der Mitte-Fraktion und der Grünen werden wir zustimmen.

Fraktionssprecher Casimir von Arx (Mitte): Der Gemeinderat schlägt dem Parlament vor, der Bevölkerung eine Steuererhöhung zu unterbreiten. Man darf positiv festhalten, dass der Gemeinderat dem Parlament eine ausführliche Entscheidungsgrundlage vorbereitet hat. Es ist offensichtlich, dass sich der Gemeinderat in letzter Zeit intensiv mit dem Finanzhaushalt auseinandergesetzt hat. Zum ersten Mal seit Jahren legt er neben dem Budget auch eine fundierte Strategie für die Gemeindefinanzen vor. Ausgangslage der Strategie ist, dass primär für hohe Investitionen – und für die Mitte-Fraktion unbestritten – eine hohe Neuverschuldung und weitere Reduktion des Eigenkapitals entstehen. Dem soll die Finanzstrategie entgegenwirken. Sie setzt inhaltliche und numerische Ziele, sieht konkrete Massnahmen vor, die aus heutiger Sicht zur Erreichung dieser Ziele führen. Die Mitte-Fraktion anerkennt den Handlungsbedarf und erachtet die Strategie als rechnerisch plausibel sowie in sich schlüssig. Die Finanzstrategie hat aber auch einen Haken. Sie beinhaltet eine Steuererhöhung. Steuererhöhungen sind unbeliebt und man braucht eine eigene Überzeugung sowie gute Argumente, um sie bei der Bevölkerung durchzubringen. Obwohl wir der Finanzstrategie einiges abgewinnen können, sehen wir auch einen Schwachpunkt. Sie bietet wenig Gewähr dafür, dass die Steuererhöhung tatsächlich für die Investitionen – also für den Auslöser des Handlungsbedarfs – eingesetzt wird. Die Strategie beinhaltet zwar eine Massnahme, wenn auch eine relativ unverbindliche: „Das Aufgabenwachstum soll durch ein konsequentes Kostenbewusstsein gedämpft werden.“ Na ja. Es gäbe durchaus Möglichkeiten, den durch die Steuererhöhung zugunsten von Investitionsabschreibungen entstehenden finanziellen Spielraum ein wenig einzuengen. Der Gemeinderat lehnt den Vorschlag der SVP bezüglich Baurechtszinsen ab. Der Gemeinderat lehnt auch eine Schuldenbremse ab. Stattdessen schlägt er eine Zinsschwankungsreserve vor. Dies ist eine gute Sache, aber sie verfolgt andere Ziele, nicht die Amortisation von Investitionen. Weiter halten wir Folgendes fest: Die vom Gemeinderat für die Steuererhöhung angeführten Gründe überzeugen nur für die nächsten sechs bis sieben Jahre. Für die späteren Jahre lässt sich kein klarer Bedarf mehr erkennen. So viel zur Finanzstrategie selber. Nun zum Kontext. Aus der Bevölkerung hört man, zuerst müsse gespart werden, bevor eine Steuererhöhung komme. Darauf kann ich als Gemeindepamamentarier erwidern, dass es eine Aufgabenüberprüfung mit Sparmassnahmen gegeben hat. Dies ist nicht überall bekannt. Bin ich überzeugend, wenn ich dies sage? Nur bedingt. Ich wiederhole einen Satz aus meinem Votum von letzter Woche: „Wie an der Parlamentssitzung vom 25. April anlässlich der Diskussion der Aufgabenüberprüfung von mehreren Fraktionssprecherinnen und -sprechern sowie von der FiKo-Präsidentin angemerkt wurde, ist die Aufgabenüberprüfung nicht in allen Direktionen mit derselben Gründlichkeit erfolgt.“ Ausserdem haben wir die Spardiskussion nicht zu Ende geführt. Wir haben über die ausgepresste Zitrone und wie die Effizienz in der Verwaltung weiter gesteigert werden könnte, gesprochen. Über einen Aufgabenverzicht haben wir hingegen kaum gesprochen. Dies zum Kontext der Finanzstrategie und der Steuererhöhung. Die Mitte-Fraktion hat lange darüber diskutiert, ob sie, die in dieser Frage Zünglein an der Waage ist, den Ausschlag für eine Volksabstimmung über dieses Budget geben soll. Auf der einen Seite halten wir fest, dass wir den Handlungsbedarf sehen und aus heutiger Sicht eine baldige Steuererhöhung unvermeidbar sein wird, wenn man auf sinnvolle Investitionen nicht verzichten will.

Und dies wollen wir nicht. Auf der anderen Seite sehen wir aktuell noch Verbesserungs- und Nachholbedarf. Wir haben versucht, den Ausgang einer solchen Volksabstimmung abzuschätzen.

Mit einem geschlossenen Ja der Mitte-Fraktion erhalte die Bevölkerung die Empfehlung zur Steuererhöhung gerade mal mit 21 zu 19 Stimmen. Zudem würde diese selbst aus der Mitte kritisiert werden. Gleichzeitig würde über das Budget abgestimmt, welches die Massnahmen der Aufgabenüberprüfung enthält, die jeweils von bestimmten Gruppen abgelehnt werden. Wir sind zum Schluss gekommen, dass diese Abstimmung sehr wahrscheinlich mit einer Nein-Mehrheit enden würde. Als Nebeneffekt davon hätten wir Anfang 2017 kein Budget, die Verwaltung wäre in ihrem Handlungsspielraum eingeeengt und wir müssten unter Zeitdruck neue Sparmassnahmen ausarbeiten. Deshalb haben wir uns entschlossen, die Steuererhöhung per 2017 mehrheitlich abzulehnen. Damit ist aber nichts erledigt, der Handlungsbedarf bleibt bestehen. Gemäss den Prognosen des Gemeinderates steigt die Nettoverschuldung pro Kopf rasant an, unter anderem wegen Altlasten wie dem Gemeindehaus. Dies geht nicht. Wir haben aber aufgrund der für eine verschuldete Gemeinde momentan günstigen Zinslage einen gewissen zeitlichen Spielraum, um nochmals über die Bücher zu gehen, damit wir für die Steuererhöhung einen besseren Vorschlag ausarbeiten können. Alle Fraktionen, welche heute zur Steuererhöhung Nein sagen, haben jetzt eine gewisse Bringschuld. Die Bringschuld liegt nicht nur beim Gemeinderat. Gefragt sind konkrete Vorschläge, damit wir in dieser Diskussion weiterkommen. Die Diskussion dieser Vorschläge wird eine Weile dauern, aber zeitlich trifft es sich gut, denn nächstes Jahr ist Wahljahr und damit der ideale Zeitpunkt für konkrete Vorschläge und klare Ansagen. Die Mitte-Fraktion macht heute drei Vorschläge, die gerade im Parlament zirkulieren. Zu den einzelnen Anträgen äussere ich mich in der Detailberatung, auch zu unserem eigenen, mit der Grünen Fraktion gemeinsamen Antrag. Abschliessend erlaube ich mir noch eine persönliche Bemerkung. Letzte Woche hat der Gemeinderat die Unterlagen über die Revision des Abgangsentschädigungsreglements veröffentlicht. Ich habe mir das angesehen und muss sagen, dass dieses Vorgehen des Gemeinderates mein Vertrauen nicht gerade dahingehend gestärkt hat, dass er alle Massnahmen ausschöpft, um die Gemeindefinanzen ins Lot zu bringen.

Parlamentspräsident Markus Willi: Ich danke dem Sprecher der Mitte-Fraktion, Casimir von Arx. Damit sind die Fraktionserklärungen beendet und ich eröffne das Wort für Einzelvoten aus dem Parlament.

Bernhard Zaugg (EVP): Als EVP-Sprecher möchte ich Sie auf zwei, drei Sachen hinweisen. Sie haben es gehört: Die Mitte-Fraktion ist mehrheitlich gegen eine Steuererhöhung. Ich sage, es ist grundsätzlich ein falscher Entscheid, die Steuererhöhung abzulehnen. 2009 hat sich dieses Parlament nach heftigem Druck der Öffentlichkeit und wegen Wahlslogans dafür ausgesprochen, dem Volk endlich ein bisschen Geld zurückgeben zu müssen. Das Eigenkapital konnte auf einen zweistelligen Millionenbetrag erhöht werden, das wissen unsere hier anwesenden Gemeinderäte noch sehr gut. Schweren Herzens wurde dann entschieden, die Steuern zu senken. Dies war der Entscheid dieses Parlaments. Wäre die Steuersenkung befristet worden, hätte man diese Absicht wahrscheinlich aus den Voten interpretieren können. Einen Punkt möchte ich noch hervorheben. Der Gemeinderat hatte bereits damals gesagt, die Steuersenkung müsste spätestens 2012/2013 überdacht werden. Die damalige wirtschaftliche Situation war für alle mehr oder weniger ein Kaffeesatzlesen. Ich glaube, so wie die Wirtschaft lief, sind wir alle mit einem blauen Auge davongekommen. Deshalb diskutieren wir erst jetzt, im Jahr 2016, darüber, was schon damals gesagt wurde, nämlich dass die Steuersenkung zu hinterfragen bzw. aufzuheben sei. Hier stehen wir heute. Professor Müller zog ein einfaches Fazit, weshalb wir heute Investitionsbedarf haben. Und wenn Sie gehört haben, was ich jetzt gesagt habe, können sie dies kombinieren. Bis 2009 wurde das Eigenkapital wieder erhöht, weil keine Investitionen mehr getätigt wurden. Aus den Tabellen von Professor Müller ist ersichtlich, dass die Investitionen vor 2009 viel zu tief waren. Infolgedessen haben wir heute erneut ein umgekehrtes Bild. Wir haben zwar Eigenkapital, aber Investitionsbedarf. Zusätzlich zum Investitionsbedarf kommen noch alle Schulhäuser. Das heutige Bild bzw. Szenario wurde damals von versierten Finanzkennern – einzelne sind hier heute noch unter uns –, dem Gemeinderat sowie unseren Kolleginnen und Kollegen Vorgängern aufgezeigt. Trotzdem tun wir uns heute schwer damit. Das sind die Fakten. Jetzt komme ich mit dem E wie ethisch. Wir bauen hier Schulden auf, von denen wir nicht wissen, wie sie abzubauen sind. Wir haben hier ein kleines Element, um die Schulden zu bremsen. Wir haben es als Gemeinde nicht geschafft, Strategien zum Abbau aufgebauter Schulden zu entwickeln. Die gehörte schöne Klausel besagt, dass wir unser Verhalten ändern müssen und vielleicht einen Konsens erzielen könnten. Aber wo ist dieser? Wir hatten Chancen, aber es besteht kein Konsens.

Und jetzt besteht wieder eine Chance, die wir nicht packen. Ein namhafter Namensgefährte von mir aus den Reihen der FDP sagte vor sechs Jahren, es sei einfach nicht haltbar, der Jugend diese Schulden aufzubürden. Bernhard B. würde sich bestimmt erinnern, wenn er dies nachlesen würde.

Ich erachte es einfach als haltlos, wenn wir hier drinnen auf diese Weise mit dem Geld umgehen. Welchen Ruf haben wir als Politiker draussen? Ständig geben wir Geld aus, das wir gar nicht haben. Vom Familienbild war die Rede. Ja, wer kann sich das leisten? Ihre Forderungen stehen nicht im Einklang mit dem, worüber wir hier abstimmen. Deshalb ist die EVP heute klar für diese Steuererhöhung. Wird diese abgelehnt, werden wir uns beim Budget enthalten.

Werner Thut (SP): Ich danke dem Gemeinderat ausdrücklich für die grosse Arbeit und den Budgetvorschlag. Der Gemeinderat zeigt damit, dass er bereit ist, eine finanzpolitische Basis für eine verantwortungsvolle Politik in der Zukunft zu legen. Bernhard Zaugg hat dies vorhin deutlich unterstrichen. Treffen wir gewisse Entscheide heute nicht, machen wir Schulden zulasten nachfolgender Generationen. In Sonntagsreden sind wir uns immer einig, dass dies etwas ist, was wir nicht wollen. Diesbezüglich unterstütze ich ausdrücklich den Antrag des Gemeinderates für das Budget und die Steuererhöhung. Heute sprechen und beschliessen wir aber über das Budget 2017. Gleichzeitig frage ich mich, wie stabil das Budgetgleichgewicht für 2017 ist, welches wir mit Ausgabenüberprüfung und Steuererhöhung erreichen wollen. Das ist der Punkt, über den ich nachdenken möchte. Hans-Peter Kohler sagte, man solle mehr nach vorne schauen. Iris Widmer sagte, unter gleichbleibenden Bedingungen täten wir dies und jenes. Darauf möchte ich hinweisen. Meines Erachtens sind die Einschätzungen des Gemeinderates zur Grosswetterlage – mein Kollege Christian Roth hat diese bereits angesprochen –, welche den Rahmen für das Budget bildet, zu optimistisch. Der Gemeinderat schweigt sich in seinem Antrag und seiner finanzpolitischen Strategie bewusst oder unbewusst aus über die drohenden finanzpolitischen Gewitter bzw. Sturmwolken, die am Horizont stehen. Im Budget und bei der Steuererhöhung sprechen wir konkret davon, wie wir Investitionslücken decken und gleichzeitig eine ausgeglichene Rechnung erreichen wollen. Der dafür nötige Betrag liegt pro Jahr in der Grössenordnung von 3,3 Mio. Franken. Bei einem halben Steuerzehntel und je nach steuerbarem Vermögen sind dies zwei, drei oder vier Kaffeetassen. Ich habe aber in den Unterlagen kein Wort über in den nächsten Jahren drohende Einnahmeausfälle gelesen. Allein die USR III, falls sie kommt, dürfte nach heutigen Schätzungen unseres Gemeinderates für Köniz zu Ausfällen von 3 bis 6 Mio. Franken führen. Zurzeit sprechen wir nur von 3,3 Mio. Franken, vom Rest sprechen wir noch gar nicht. Hinzu kommen absehbare weitere Einnahmeausfälle bzw. Kostenüberwälzungen von Seiten des Kantons. Man muss nur den Antrag des Regierungsrates an den Grossen Rat für das Budget 2017 oder seine Steuerstrategie anschauen – dann sieht man, woher der Wind bläst, und er bläst viel schärfer, als das, was wir heute hier diskutieren. Auch von dieser Seite werden wir in Köniz früher oder später Einnahmeausfälle und Mehrkosten im siebenstelligen Bereich pro Jahr haben. Wir sollten uns nicht der Illusion hingeben, mit dem heutigen Entscheid sei das leidige Thema Finanzpolitik und Steuererhöhung erledigt, selbst wenn wir sie beschliessen sollten. Ich fürchte viel mehr, dass dies erst der Beginn von sieben mageren Jahren sein wird, in denen wir uns den Kopf über noch viel grössere Löcher als heute Abend werden zerbrechen müssen. Ich bin aber gleichzeitig überzeugt, dass wir bessere Lösungen finden, wenn wir der Realität ins Auge sehen, und dies auch gegenüber der Stimmbürgerschaft klar machen. Wir sollten sagen, was Sache ist. Langfristig zahlt sich das besser aus, als wenn wir uns an den Realitäten vorbeischarmeln. Vor diesem Hintergrund möchte ich im Sinne eines Pro-Arguments für diese Abstimmungsvorlage ausdrücklich festhalten, dass das Budget 2017 und die Steuererhöhung unvermeidbare, richtige Schritte in Richtung einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Politik sind. Ich stelle daher den Antrag, dass die Botschaft an die Stimmberechtigten gemäss Tischvorlage ergänzt wird, das Kapitel „Ausblick auf die folgenden Jahre“ konkreter verfasst und den Stimmberechtigten reiner Wein einschenkt wird. Schliesslich würde ich gerne den Gemeinderat beauftragen, künftige Einnahmeausfälle aus sogenannten Reformen und Sparprogrammen auf Bundes- und Kantonebene mit Umsetzung der USR III oder anderen Kernelementen der Steuerstrategie des Regierungsrates auf der Basis von Schätzwerten im Rahmen einer Bandbreite in die Arbeiten zum Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) einzubauen und zu kommentieren. Auch dies ist ein Beitrag zur Transparenz und realistischen Einschätzung der Zukunftsperspektive der Gemeinde. Weil aber das Könizer Parlament zur Finanzplanung nur eingeschränkt Anträge stellen kann, muss ich mich darauf beschränken, den Gemeinderat dringend einzuladen und zu bitten, uns bei den nächsten Gelegenheiten reineren Wein einzuschenken, namentlich beim IAFP.

Parlamentspräsident Markus Willi: Ich halte auch hier zuhanden des Protokolls fest, dass bereits ein Antrag zur Änderung bzw. Ergänzung der Botschaft vorliegt. Sie finden diesen in der Tischvorlage, auf der letzten Seite unten.

Bernhard Lauper (SVP): Kurz ein, zwei Bemerkungen zur geführten Diskussion und dem Vorwurf der linken Seite, man wolle hier auf der rechten Seite mit dem Kopf durch die Wand. Wenn Vorwürfe in Richtung Dummheit, Starrköpfigkeit und Unbelehrbarkeit entgleisen, fühle ich mich berufen, mich zu äussern. Hätten Sie genau zugehört, Christian Roth, würden Sie erkennen, dass wir nicht grundsätzlich gegen eine Steuererhöhung sind, sondern festgelegt haben wollen, wofür die zusätzlichen Einnahmen verwendet werden, nämlich für den Schuldenabbau und die Amortisation. Es ist heute Abend in dieser Debatte aber nicht möglich, darüber nachzudenken. Wenn es so ist, wie von Iris Widmer geschildert, man also bereits zehn Kaffeetassen gehabt hat, erachten wir es nicht unbedingt für sinnvoll, drei bis vier Tassen mehr zu trinken. Man sollte dort bleiben, wo man ist und die angehäuften Schulden zu minimieren versuchen. Für Ihre Berechnung, Bernhard Zaugg, betreffend eine Steuersenkung um 0,5 und dass man nun der Verwaltung und dem Gemeinderat etwas schuldig sei, um wieder hochzufahren, müsste man weiter zurückblicken in das Jahr 2002, wo die Steuern um einen Zehntel angehoben und später um 0,5 zurückgefahren wurden. Nun müsste man um weitere 0,5 zurückgehen, um wieder dort zu sein, wo man einmal war.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Die Gemeindefinanzen sind wie ein riesiges Schiff von 222 Mio. Franken. Es ist allen klar, dass ein so schweres Schiff für eine Richtungsänderung eine relativ lange Reaktionszeit benötigt. Aus der Vergangenheit wissen wir: Erscheinen Eisberge am Horizont, ist es für eine Reaktion zu spät. Die heutige Finanzsituation ist noch nicht dramatisch, das hat Professor Urs Müller bestätigt. Aber wir wissen, dass sich auf dem jetzigen Kurs Eisberge befinden, man diese aber noch nicht direkt sieht. Wir wissen jedoch, dass die Kurskorrektur jetzt erfolgen muss. Machen wir diese später, ist der nötige Effort grösser, dann wird es schwierig. Deshalb ist die Weitsicht des Gemeinderates zu loben, jetzt eine Steuererhöhung machen zu wollen. Bernhard Lauper, diese leichte Kurskorrektur wurde mittels Kaffeetassenindex veranschaulicht. Trinken Sie täglich zehn Kaffeetassen, ist es gesünder, wenn Sie pro Tag nur noch acht Tassen trinken. So wäre die Steuererhöhung längstens finanziert. Wenn wir diese Korrektur erst später machen, wird vielleicht ein Finanzfehlbetrag saniert werden müssen. Als ich in dieses Parlament kam, befand man sich in genau dieser Situation. Es kann sehr viel schmerzhafter werden. Ich bin auch der Meinung, dass man die Steuern nach erfolgter Kurskorrektur wieder senken kann, wenn man sieht, dass man wieder in sauberere Gewässer kommt. Ich wundere mich etwas über die Vorschläge jener, welche diese Steuererhöhung ablehnen. Also soll man weiterhin in Richtung Eisberge fahren. Von Hans-Peter Kohler habe ich gehört, dass der Strassenunterhalt etwas nach hinten verschoben werden soll. Hier bin ich mit Ihnen einverstanden. Übrigens auch damit, dass wir erst über die Spez-Sek Lerbermatt sprechen können, wenn wir das Bildungsreglement geändert haben. Wie Iris Widmer erwähnt hat, ist es wichtig, sich zuerst zu überlegen, wie eigentlich die Könizer Bildungsstrategie aussieht und zu wissen, was man überhaupt will. Die aktuelle Oberstufe ist ein historisch gewachsener Flickenteppich. Hier bedarf es einer Strategie. Diese soll definieren, welches überhaupt die Aufgaben der Spez-Sek und der verschiedenen Schulmodelle sind. Dies alles müsste zwingend zuerst in einer Bildungsstrategie geklärt werden, bevor wir das Bildungsreglement ändern und bevor wir an der Spez-Sek etwas verändern. Noch zum Schluss: Für eine Schule ist es extrem schlecht, deren Existenz alle zwei Jahre infrage zu stellen. Deshalb sollte zuerst grundsätzlich geklärt werden, in welche Richtung wir gehen, bevor wir darüber sprechen. Aus diesem Grund haben wir auch den Antrag gestellt, die Budgetgenauigkeit zu erhöhen, sodass der Budgetposten den Erwartungen entsprechend anzupassen ist, ohne dabei zu versuchen, etwas durch die Hintertüre einzuführen.

Kathrin Gilgen-Studer (SVP): Ich äussere mich zur Aufgabenüberprüfung, wie bereits von Stefan Lehmann angekündigt. Die Aufgabenüberprüfung basiert gut zur Hälfte auf Mehreinnahmen, welche der Könizer Bevölkerung als versteckte Steuererhöhung aufgebrummt werden. Beim Posten mit wirklichem Sparpotenzial ist es sehr offen, ob schlussendlich unter dem Strich ein solcher Betrag eingespart wird. Die 230'000 Franken bei den Personalkosten basieren auf einer freiwilligen Reduktion der Beschäftigungsgrade. Wenn die SVP in der Vergangenheit in gewissen Direktionen gerne einen Stellenabbau gesehen hätte, hiess es immer, die Zitrone sei bereits ausgepresst. Jetzt soll doch eine Reduktion der Beschäftigungsgrade möglich sein, was wir natürlich gut finden. Allerdings gilt es dieser Reduktion die Überstundensaldokonten gegenüberzustellen bzw. diese im Auge zu behalten.

Bei den Anpassungen des Kulturkonzepts ist aus unserer Sicht mit Sicherheit Sparpotenzial vorhanden. Wir finden es schade und stossend, dass in der gemeindeeigenen Kulturlandschaft die Bereitschaft zum Sparen da ist, aber der Millionenbetrag für die externe Kultur immer blindlings gesprochen und nicht infrage gestellt wird. Hier muss sich auch das Parlament „an der Nase nehmen“.

Bei den Massnahmen Tagesschule, Erwachsenenbildung, Bibliothek und Musikschule müssen halt auch Anpassungen erfolgen. Denn es müssen alle die Sparmassnahmen mittragen helfen. Die SVP-Fraktion hält fest, dass sich gerade die Landwirtschaft in den letzten Jahren überproportional an den Sparmassnahmen beteiligen musste. Dies war beispielsweise bei der Streichung der Ökobeiträge im Umfang von 100'000 Franken im letzten Sparpaket der Fall. Von unserer Seite gab es auch kein Aufmucken bei der Einführung der Verrechnung der Grosstierentsorgung. Was das Thema BKW und Gasversorgung anbelangt, wird dem Bürger einfach über eine externe Rechnung das Geld aus dem Sack gezogen. Das Ganze passt zur Entwicklung der Stromrechnung. Der Endverbraucher bezahlt knapp die Hälfte des Rechnungsbetrags für verbrauchten Strom; alles andere ist für Abgaben und Gebühren. Diese Entwicklung ist einfach ungut. Der Verwaltungsapparat frisst viel zu viel Geld, meine Damen und Herren. Fazit: Die Hälfte der Aufgabenüberprüfung basiert auf Mehreinnahmen; die andere Hälfte bei den Sparmassnahmen steht zum Teil auf wackeligen Beinen. Dies ist weder effizient noch dem Könizer Steuerzahler gegenüber fair und ganz sicher nicht im Sinn der SVP.

Ueli Witschi (BDP): Ich möchte eine kurze Replik auf das Votum von Christian Roth geben. Ich habe bewusst das Bild der Familie gezeichnet, welche auf einem attraktiven Standard lebt, ähnlich wie die Gemeinde Köniz. Ich bin zwar nicht in der Beratung tätig, jedoch halte ich es für den falschen Weg, Kleinkredite zu empfehlen. Deshalb sollte ein anderes Vorgehen gewählt werden. Nachhaltig, aber sicher ziemlich unangenehmer, ist nur eine Verhaltensänderung. Für die Familie würde dies beispielsweise bedeuten, zeitlich beschränkt das teure Fitness-Abonnement gegen die Turnschuhe und den Vitaparcours einzutauschen. Die Diskussion im Parlament hat gezeigt, dass in der Gemeinde das Potenzial zur Ausgabenreduktion vorhanden ist, ohne dass die Attraktivität der Gemeinde merklich gesenkt würde. Hier bin ich mit der FDP einverstanden: Köniz wird nicht zerfallen, insbesondere dann nicht, wenn die Prioritäten durch den Gemeinderat und das Parlament richtig gesetzt werden. In diesem Sinn ist auch die von Casimir von Arx erwähnte Bringschuld akzeptiert.

Christoph Salzmann (SP): Ich habe den Voten nun lange zugehört und möchte doch einen kleinen, wahrscheinlich unbedeutenden Beitrag zu dieser Diskussion leisten. Ich gehöre diesem Parlament bald seit elf Jahren an, weiss zwar, dass ich nicht das älteste Mitglied bin und beanspruche dies auch nicht für mich. Jedoch gehöre ich diesem Parlament eine gewisse Zeit an. Vor einer Woche erlebte ich Erstaunliches: Beim Geschäft betreffend die Velofrage an der Schwarzenburgstrasse konnte sich das Parlament auf einen Kompromiss des Gemeinderats einigen. Dies bedingte, dass etliche von ihren Extrempositionen abrückten und sagten: „Doch, hier können wir etwas Realistisches, Machbares – eben einen Kompromiss – verwirklichen.“. Auch beim Budget stellt sich die Frage des Kompromisses und damit, dass die Leute etwas von ihren Positionen abrücken müssen. Sie wissen, dass uns von der SP etliche aufgeführte Streichposten schauderhaft weh tun. Einerseits finden wir diese nicht gut, weil sie den Mittelstand und die Familien belasten. Andererseits sind wir bereit, auf diese Streichungen einzugehen, diese zu akzeptieren, wenn auf den vom Gemeinderat ausgearbeiteten Kompromiss eingeschwenkt würde. Ich kann eigentlich nur an alle appellieren: Rücken Sie doch von Ihren ursprünglichen Positionen ab und einigen Sie sich auf die Vorlage des Gemeinderats. Dieser hat gute Arbeit geleistet, was meistens der Fall ist. Man kann natürlich viele Argumente bringen und sagen, es solle zuerst eine Bildungsdiskussion geführt werden. Selbstverständlich. Zuerst sollte aber die Diskussion über die Frage geführt werden, was eine gute Tagesschule ist und welche Tagesschule wir wollen. Wir sollten eine Diskussion darüber führen, welche kulturellen oder Zusatzangebote für Freizeitaktivitäten wie eine Bibliothek oder eine Musikschule wir wollen. Dort kann man offenbar im Verlauf einer Budgetdebatte einfach munter streichen. Wenn wir zuerst immer wieder Grundsatzdebatten führen wollen, kommen wir nie weiter. Seit ein paar Jahren kommt das Thema Sparen immer wieder auf den Tisch, damit verbunden, dass der Gemeinderat dieses nicht ernst nehmen und nicht sparen. Allerdings habe ich aus dem Rat noch nie einen ernsthaften, valablen Antrag gefunden, welcher sagt, wo auf welche Aufgaben verzichtet werden kann. Hier sind seitens des Parlaments offenbar weder Kreativität noch Innovationskraft vorhanden. Deshalb bitte ich Sie: Überdenken Sie Ihre Positionen nochmals und einigen Sie sich auf den gemässigten, realistischen Vorschlag des Gemeinderats.

Mathias Rickli (Grüne): Es trifft sich gut, spreche ich nach Christoph Salzmann. Ich möchte der SVP etwas in die Hand geben, das vielleicht zum erwähnten Kompromiss führen könnte. Ich habe gehört, dass sich die SVP unter Umständen nicht unbedingt gegen eine Steuererhöhung verwehren möchte, nämlich dann nicht, wenn man die zusätzlichen Einnahmen der besprochenen 3 Mio. Franken wieder sieht.

Es wurde der Vorschlag einer Spezialfinanzierung unterbreitet. Davon halte ich in dieser Frage nicht viel, weil es gar nicht nötig ist. Hingegen erwarte ich vom Gemeinderat Folgendes: In der Investitionsrechnung soll abgelesen werden können, dass die Steuererhöhung ihrem Ziel zugeführt wird, nämlich den Investitionen in die Schulhäuser in den nächsten sechs Jahren. Dies ist auch die Hauptbegründung, weshalb wir hier überhaupt über eine Steuererhöhung sprechen. Diese Finanzen möchte ich in der Investitionsrechnung sehen. Dafür muss ich keine Spezialfinanzierung fordern. Es reicht, die Zusatzkosten während der kommenden sechs Jahre über die Investitionsrechnung abzubilden. Wenn dies für Sie eine Möglichkeit ist, zum Schluss zu kommen, doch noch einer Steuererhöhung zustimmen zu können, bin ich Ihnen dankbar.

Bernhard Lauper (SVP): Kurz zu unserer Haltung in Sachen Spez-Sek Lerbermatt: Die SVP hat die Lerbermatt in Vergangenheit immer unterstützt und das Modell der Spez-Sek in dieser Form auch. Wir erachten diese Klassen als nötig und sinnvoll, weil sie einem Bedürfnis entsprechen. 80 Prozent der Schüler werden auf Spez-Sek-Niveau in separaten Klassen unterrichtet. Dies erachten wir auch als einen echten Standortvorteil. Dank eines guten, vielfältigen Bildungsangebots, welches sich an alle Niveaus richtet, kann und soll Standortmarketing betrieben werden. Damit haben wir aus unserer Sicht einen Standortvorteil, welcher sich längerfristig refinanziert und bezahlt macht. Das Modell Lerbermatt ist auch preiswert. Der Schulraum in der Lerbermatt steht zu günstigen Konditionen zur Verfügung. Dort werden keine zusätzlichen Tagesschul- oder Mittagstischplätze beansprucht; die Schüler schauen dort selber, wie sie durch den Tag kommen. Auch aus Sicht der SVP-Fraktion soll die Diskussion als Bildungsdebatte geführt werden. Ein Abhandeln als Budgetdebatte im Sinne eines Unterkapitels einer lieblosen Aufgabenüberprüfung ist diesem Thema schlicht nicht würdig. Deshalb bitten wir die Direktion Bildung und Soziales, das Geschäft entsprechend vorzubereiten, sodass das Parlament und gegebenenfalls auch die Bevölkerung darüber befinden können. Die SVP wird sich auch weiterhin für die Könizer Bildungsvielfalt einsetzen. Neben der Förderung der schwächeren Schüler braucht es ebenfalls umfassende und echte Angebote für leistungsstarke und leistungsbereite Schüler. Aus diesem Grund unterstützen auch wir den Antrag der Mitte und der Grünen.

Iris Widmer (Grüne): Ich habe gleichwohl noch eine Frage an den Gemeinderat. Im Zusammenhang mit dem Anliegen der SVP einer Zweckbindung wurde die Erwartung geäußert, dass die Steuererhöhung wirklich für die Schulhäuser zu verwenden ist. Ich möchte wissen, ob eine Spezialfinanzierung gemäss dem Anliegen der SVP überhaupt möglich ist. Wir Grünen würden dies zwar nicht begrüssen, aber man hätte einmal Klarheit darüber, ob dies überhaupt möglich ist. Weiter interessiert mich, wie diesem Anliegen allenfalls auf andere Weise Rechnung getragen und die rechte Seite so vielleicht umgestimmt werden kann.

Hans-Peter Kohler (FDP): Ich möchte gleichwohl etwas zum Votum von Hansueli Pestalozzi sagen. Wir sind uns ja vielfach in Bildungsfragen einig und haben bereits gemeinsame Vorstösse eingereicht. Etwas ist äusserst wichtig und dies möchte ich noch loswerden: Nun wurde bereits eine Bildungsstrategie genannt. Hier sollte man aufpassen, dass nicht die Politik, also der Gemeinderat und wir hier, wieder etwas schreiben. Schauen Sie doch, was die Eltern wollen bzw. wohin ihre Kinder zur Schule gehen sollen. Es ist nicht an der Politik, wieder etwas zu unternehmen und den Eltern zu erklären, dass das, was sie wollen, nicht gut ist. Dies ist nicht der richtige Weg. Man muss schauen, wie der Markt jetzt spielt und nicht nach einer Bildungsstrategie fragen. Aus meiner Sicht ist eine solche zurzeit nicht nötig. Wir werden einmal separat eine vertiefte Diskussion darüber führen müssen und auch das Volk dazu befragen. Es gibt wohl keinen anderen Ausweg. Dieses Thema wird nicht nur jedes zweite Jahr hier diskutiert; es werden Vorstösse eingereicht und damit findet die Diskussion alle drei bis sechs Monate statt. Dieser Zustand ist so nicht mehr haltbar, deshalb muss das Volk befragt werden. So hat man wieder einmal Ruhe für mindestens zehn Jahre.

Casimir von Arx (GLP): Ich verzichte auf weitere Kaffeetassen-Berechnungen, welche auch für mich durchaus einen Reiz haben. Auf unseren Antrag komme ich in der Detailberatung zu sprechen. Ich habe noch eine kurz Replik: Christoph Salzmann, ich stimme Ihnen durchaus im Punkt zu, dass die konkreten Vorschläge in der Spardebatte effektiv Mangelware sind. Aus diesem Grund haben wir heute ein Postulat eingereicht, welches genau darauf eingeht.

Wir wollen etwas nachhelfen. Insofern verlangt das Postulat im Prinzip eine kommentierte Liste aller freiwilligen Aufgaben der Gemeinde, welche beziffert aufzuführen sind. Im Prinzip muss dann nur noch auf die einzusparende Aufgabe gezeigt werden oder man lässt es eben bleiben.

Christian Roth (SP): Diese Diskussion entwickelt sich leider erwartungsgemäss auf der rechten Seite in Richtung Beibehaltung des Steuerfusses. Leider, muss ich sagen. Unser Appell, die Büchse der Pandora nicht zu öffnen, scheint nicht gefruchtet zu haben. Vom Votum der Grünliberalen bin ich sehr irritiert. Dieses ist aus meiner Sicht verantwortungslos. So, lieber Casimir von Arx und Kollegen der Grünliberalen, kurbeln sie eine Könizer Schuldenwirtschaft an. Gestützt auf dieses Votum frage ich Sie: Haben Sie Angst vor dem Volk? Ich bin auch der Meinung, dass wir gut argumentieren müssen, wenn wir die Vorlage dem Volk vorlegen und man nicht wunderbar durchmarschieren kann. Wir werden gute Argumente bringen müssen. Dies bedeutet aber, dass man Verantwortung übernimmt, wenn man sieht, dass bei den Investitionen Nachholbedarf besteht. Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen von der GLP, müssen Sie hinstehen und erklären, weshalb wir es dann nicht machen dürfen. Wir müssen den Handlungsspielraum jetzt nutzen. Jetzt haben wir die Möglichkeit zu definieren, ob wir den Steuersatz anheben oder nicht. Wenn wir den Steuersatz nicht erhöhen – und dies ist meine Prognose –, wird der Gemeinderat aufgrund der Bevölkerungsentwicklung und der Erwartungen seitens der Bevölkerung die Investitionen tätigen müssen. Diese Investitionen lassen sich nicht – wie von Hans-Peter Kohler empfohlen – allesamt hinausschieben. Dies tun wir nämlich schon zehn Jahre lang, Hans-Peter Kohler. Wir sind Profis im Hinausschieben von Investitionen. Hier wird zu Recht kritisiert, dass wir Nachholbedarf haben, dies ist nicht neu. Der Gemeinderat wird nicht darum herumkommen, diese Investitionen zu tätigen, insbesondere in Bezug auf die Schulhäuser. Auch als Velofahrer, Hansueli Pestalozzi, habe ich ein Interesse an nachhaltigen Verkehrsinfrastrukturen. Diese müssen nicht luxuriös sein, aber als Velofahrer sind wir nämlich die ersten, die „auf den Sack fliegen“ – excusez l'expression! Der Autofahrer mit guter Autofederung wird noch lange nichts spüren. Nutzen wir den Handlungsspielraum jetzt, denn sonst wird früher oder später der Regierungsrat nachhelfen. Kathrin Gilgen, ich stimme Ihnen absolut zu; auch ich kritisiere, dass die Gebühren erhöht werden. Wir wissen beide, dass Gebühren nicht jene belasten, welche viel Geld haben, sondern schlussendlich jene, welche wenig Geld haben. Diese bezahlen nämlich – beispielsweise beim Strom – anteilmässig mehr. Deshalb ist die SP klar gegen diese Gebührenerhöhungsgeschichte. Wir sind der Meinung, dass wenn wir etwas erhöhen, dies bei den Steuern geschehen soll. Damit bezahlt jener mit ordentlich viel Geld mehr. Wir fordern Sie auf, die Einnahmen besser auf diesem Weg zu erhöhen. Ueli Witschi, auch wir sind uns einig. Ich bin auch nicht dafür, den Familienkleinkrediten zu entsprechen und diese zu empfehlen. Aus genau dieser Überlegung sind wir der Meinung, der Gemeinde nicht zu empfehlen, noch mehr Schulden zu machen, selbst wenn es im Moment auf dem Finanzmarkt sogar Geld gibt fürs Geldaufnehmen. Dies ist jedoch brandgefährlich. Das gilt übrigens auch für den zirkulierenden Vorstoss der Grünliberalen. Dieser ist brandgefährlich und ich werde ihn nicht unterschreiben.

Gut, zur Spez-Sek werden wir uns noch äussern. Auch hierzu haben wir eine Haltung. Darauf werden wir in der Detailberatung zurückkommen. Ich möchte nochmals betonen, liebe Kolleginnen und Kollegen, Verantwortung zu übernehmen, heisst jetzt Ja zu sagen zum Steuersatz 1,54 für Köniz.

Stefan Lehmann (SVP): Lieber Mathias Rickli, liebe Iris Widmer, ich muss Sie leider enttäuschen. Heute Abend werden Sie keinen Mechanismus einführen können, mit welchem Sie uns zufriedenstellen. Wie gesagt, wollen wir, dass die Steuerhöhung zwingend für Abschreibungen verwendet wird. Dies haben wir auch abgeklärt. Nach Gemeindegesetz ist dies nicht im Rahmen eines Budgetbeschlusses möglich. Es bedarf eines Reglements und einer Spezialfinanzierung, wenn man dies will. Damit verbunden wäre eben keine Schuldenwirtschaft, sondern dass das Geld aus der Steuererhöhung für die Abschreibung der Investitionen gebraucht wird anstatt für etwas anderes. Dafür möchten wir auch eine Garantie, Christian Roth.

Casimir von Arx (GLP): Ich möchte die allgemeine Beratung nicht künstlich verlängern, muss aber gleichwohl antworten. Wo Sie in meinem letzten Votum das Wort Schuldenwirtschaft gehört haben, dies müssten Sie mir vielleicht nach der Sitzung noch erklären. In meinem letzten Votum ging es um Sparvorschläge. Mit diesem Postulat sagen wir übrigens nicht, alles zusammenstreichen zu wollen. Dies wäre eine Fehlinterpretation. Wir stellen einfach fest, dass der Aufgabenverzicht seit längerer Zeit als abstrakte Wolke über dieser Diskussion liegt. Um die Sache abzuhaken, möchten wir es konkreter machen.

Wenn es darum geht, vor die Bevölkerung hinzustehen, habe ich vorhin festgehalten, dass die Mitte-Fraktion die Steuererhöhung aus heutiger Sicht für unvermeidbar hält. Wenn es mir darum ginge, dies vor der Bevölkerung zu verheimlichen, hätte ich es wahrscheinlich nicht so deutlich gesagt. Hiermit wiederhole ich es nochmals.

Anton Eder (CVP): Eigentlich habe ich nur noch eine Überleitung zur Beantwortung von drei Fragen. Es war von Schuldenaufbau und Schuldenmanagement usw. die Rede. Vielleicht wäre es gut, wenn der Gemeinderat erklären würde, wie es sich mit dem Bilanzüberschuss auf Seite 27 des Berichts verhält, was diese bedeutet und wie er sich entwickelt. Eigentlich müsste der Gemeinderat erklären, wie es weitergeht, wenn die Steuererhöhung nicht beschlossen wird. Es handelt sich um einen Bilanzüberschuss; jemand hat aber von einem Bilanzfehlbetrag gesprochen.

Meine zweite Frage betrifft die Schulden überhaupt. Wir sprechen immer von Schulden im Sinne einer Schuldenwirtschaft. Hier stellt sich die Frage, wie sich die Schulden entwickeln und was diesen gegenübersteht. Es hat so getönt, als würden wir die Gemeinde in einen Abgrund stossen, wenn wir der Steuererhöhung nicht zustimmen. Insofern wäre es doch wichtig, dass der Gemeinderat erläutert, was mit den Schulden genau passiert und ob diesen auch ein Wert gegenüber steht.

Meine dritte Frage bezieht sich auf die 15 Mio. Franken für die Investition in das Gemeindehaus. Wenn ich mich richtig erinnere, sagte man, diese Investition müsse unbedingt getätigt werden, weil dies rentiere. Auf diese Weise erhalte man mehr zurück, als wenn auf die Investition verzichtet würde. Damit haben wir eine seltsame Situation: Wir haben die Möglichkeit, eine Investition zu tätigen, wobei der Ertrag höher ist als die Investition selber. Nun ist es etwas eigenartig, dass dieses Vorgehen von einer Institution gewählt wird, welche kein Geld hat. Dies bedeutet, dass ich mehr investiere, um mehr zurückzuerhalten. Sollte dem so sein, ist dies nicht tragisch, wenn der Ertrag wirklich grösser ist. Damit hat man eine gute Anlage, jedoch ohne Geld dafür zu haben. Die Mittel sind im Moment so günstig, dass man Geld daraus zieht. Man könnte ja auf diese Investition verzichten. Die Spitze der Investitionen – und hier ist wirklich ein erstaunlicher Berg vorhanden – wird durch die 15 Mio. Franken für das Gemeindehaus produziert. Die anderen Investitionen sind gleichmässig verteilt. Eine weitere einschenkende Investition ist jene für das neue Schulhaus in Niederwangen, wo klar ist, dass diese gebaut werden muss. Dort ziehen auch zusätzliche Leute hin, sodass man von einer Investition in die Zukunft sprechen kann. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welche Auswirkungen auf die Schulden und den Ertrag zu erwarten sind. Damit habe ich drei Fragen gestellt.

Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP): Ich möchte Ihnen zuerst dafür danken, dass Sie dieses Geschäft positiv betrachtet haben – dies habe ich von allen Fraktionen gehört – und sie es für entscheidfähig halten. Ihre Haltungen habe ich natürlich nicht anders erwartet, als Sie sie heute Abend dargelegt haben. Ich habe dieser Diskussion – wenn man von Diskussion sprechen kann; zum Teil hat es sich um Stellungnahmen seitens der Fraktionen gehandelt – interessiert zugehört. Es gibt gewisse Punkte, zu welchen ich etwas erwidern muss. Der Gemeinderat hat es sich nicht einfach damit gemacht, zu sagen, dass wir ein Loch haben, sich bei den Investitionen ein „Gap“ auftut und wir einfach die Steuern erhöhen, um das Problem zu lösen. Ebenso wenig ist das Problem gelöst, wenn Sie dieser Steuererhöhung heute Abend nicht zustimmen. Dies zeichnet sich wahrscheinlich ab. Die Meinungen sind gemacht. Ich kann Ihnen sagen – und dies geht an die Adresse der GLP –, dass die Situation in einem Jahr nicht wesentlich anders sein wird. Während dieses Jahres wird sich die Gemeinde Köniz nicht wesentlich verändern, auch nicht in finanzieller Hinsicht. In einem Jahr ein Sparpaket zu schnüren oder wie zwischen den Tönen zum Ausdruck kam, Personal abzubauen, sind grössere Projekte. Solche bedingen einen sorgfältigen Umgang, einerseits mit dem Personal, andererseits mit den Investitionen. Ich habe es nicht anders erwartet und Sie brauchen nicht zu denken, der Gemeinderat sei blauäugig und habe das Gefühl, diese Steuererhöhung wäre einfach beim Volk durchzubringen. Schauen Sie sich an, was in den letzten Jahren in jenen Gemeinden passiert ist, welche dem Volk eine Steuererhöhung vorgelegt haben. Diese Steuererhöhungen wurden meistens abgelehnt. Wenn die Gemeinde eine Steuererhöhung will, hat sie diese vorgängig geplant und – wie bereits erwähnt – analysiert. Sie bzw. vor allem der Gemeinderat hat sich überwunden, damit vors Volk zu gehen. Wenn ein Parlament dermassen einen Block dagegen und einen Block dafür bildet, wird es auch für die Bevölkerung sehr schwierig, einer Steuererhöhung zuzustimmen oder diese eben abzulehnen.

Ich komme noch auf einzelne Fragen zurück. Die Investitionen stehen nun gross im Raum. Diese stehen an, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Sie haben gesehen, dass 20 Mio. Franken jährlich für unseren Finanzhaushalt in Ordnung sind.

Wir haben 10 Mio. Franken hinzugenommen und dies nicht, weil nur Nachholbedarf besteht, sondern weil wir uns entwickeln und sich vor allem auch die Schule mit den Tagesschulen verändert hat. Wir wollen eine attraktive Gemeinde sein und uns dieser Veränderung stellen. Dafür braucht es Geld. Aus diesem Grund haben wir das Geld vorgesehen und nicht bloss für den Nachholbedarf.

Heute hätte man meinen können, unsere Schulhäuser befänden sich in einem sehr traurigen Zustand. Jedes Jahr, wenn wir über die Investitionen diskutieren, gibt es einen Teil, der zurückgestellt werden muss. Dies ist etwas Alltägliches und auch der zukünftige Gemeinderat wird dies tun müssen. Denn der Bedarf ist immer da, alle haben Bedarf, und wie ich heute Abend gehört habe, hat auch das Parlament Bedarf bzw. löst diesen auch mit seinen Vorstössen aus. Wir können die Investitionen nicht binden, sodass noch die SVP ins Boot geholt werden könnte, Iris Widmer. Dies ist rechtlich schlichtweg nicht möglich. Wir müssten heute Abend ein zusätzliches Reglement für eine Spezialfinanzierung festlegen. Dann wäre es vielleicht möglich. Aber Sie verfügen doch über andere Möglichkeiten. Ich habe heute Abend gehört, welche Möglichkeiten Sie sehen, um die Finanzen in Zukunft in den Griff zu bekommen. Sie haben die Möglichkeit, im Rahmen der Investitionsplanung jährlich hinzusehen und zu prüfen, was mit dem Geld gemacht wird, welches man durch die Steuererhöhung einholen würde. Hier haben Sie Ihren Spielraum und diesen können Sie mit Ihren parlamentarischen Instrumenten nutzen.

Ich komme noch auf ein paar Ihrer Äusserungen zurück. Zum Nachholbedarf habe ich mich eben geäussert. Ein kleiner Teil der Investitionen wird auf einen Nachholbedarf zurückgehen, beim restlichen Teil wird es sich um neue Aufgaben handeln. Wenn wir das Ried realisieren, handelt es sich um Vorinvestitionen – dies darf man nicht vergessen. Heute Abend hätte man von uns Berechnungen gewollt, welche besagen, was in sechs oder sieben Jahren mit mehr Steuereinnahmen möglich ist. Es wurde versucht, diese Berechnungen zu machen. Ob diese genauso und vor allem in diesem Zeithorizont eintreten, wo wir den „Gap“ haben, können wir Ihnen heute nicht genau sagen.

Die Attraktivität der Gemeinde bedingt dringende Investitionen oder – wie von Hans-Peter Kohler erwähnt – eine weitsichtige Planung. Zehn Jahre Investitionsplanung – wenn dies nicht weitsichtig ist, muss ich mir doch Fragen stellen. Daneben muss ich mir auch die Frage stellen, was in zehn Jahren ist, wie sich die Situation dann präsentiert und welche Veränderungen es gegeben hat. Wir haben versucht, die Investitionsplanung realitätsnahe zu erstellen. Zehn Jahre sind aus Sicht des Gemeinderats extrem weitsichtig.

Zum Stichwort Prioritäten festlegen: Wir haben Prioritäten festgelegt. Sie finden diese in Ihren Unterlagen und auch die Finanzkommission hat diese erhalten. Der Gemeinderat hat die Prioritäten festgelegt. Insofern ist dieser Vorwurf zurückzuweisen. Casimir von Arx, ich habe Sie vorhin quasi als Retter der Nation oder das Zünglein an der Waage gehört: Sie haben gesagt, Sie seien das Zünglein an der Waage. Wenn man dies ist, ist es sehr wichtig, wie man mit diesem Zünglein umgeht. Man muss sich wirklich sehr gut überlegen, ob man in diese oder in die andere Richtung geht. Dies muss ich Ihnen überlassen. Entweder man ist schlichtweg gegen eine Steuererhöhung oder man ist dafür. Ich habe irgendwie beides aus Ihrem Votum herausgehört. Wenn man das Zünglein an der Waage ist, sollte man mit der Wortwahl vorsichtig sein.

Ich komme noch zu Werner Thut. Sie haben angesprochen, dass Sie in den Unterlagen die Aussagen zur USR III vermissen. Hierzu muss ich Ihnen sagen, dass es schlicht nicht möglich ist, Aussagen zu machen. Wenn Sie die Finanzstrategie des Kantons anschauen, entnehmen Sie dieser nirgends, was der Bund an den Kanton und der Kanton allenfalls von den 61 Mio. Franken an die Gemeinden weitergibt. Dort hängen wir in der Luft. Wir haben eine Rechnung zu erstellen versucht. Den Rest kennen wir bis dato nicht. Möchten Sie denn, dass wir Ihnen in Unterlagen Informationen geben, die schlussendlich nicht korrekt sind? Wenn wir etwas wüssten, würden wir Ihnen die entsprechenden Angaben machen. Schliesslich haben wir versucht, auch über alle anderen Faktoren zu informieren.

Mit der Aufnahme von Geld und den Negativzinsen wurde ein Lösungsansatz vorgebracht. Der Gemeinderat hat auch diesbezüglich gearbeitet und für die nächsten zehn Jahre zu einem sehr tiefen Zins eine Anleihe für 50 Mio. Franken aufgenommen. Ich erinnere daran – und habe bereits in meinem Eingangsvotum darauf hingewiesen –, dass wir nicht noch mehr Schulden machen können. In zehn oder fünfzehn Jahren werden diese von irgendjemandem abgebaut werden müssen. Selbst wenn Professor Müller sagt, die Gemeinde Köniz stehe gut da – und wir stehen tatsächlich noch gut da –, gilt es dazu Sorge zu tragen. Dies wollen wir auch tun. Deshalb ist es nicht möglich.

Hansueli Pestalozzi, Sie haben das Schiff als Weg unseres Budgets genannt. Wenn das Schiff 200 Mio. Franken schwer ist, muss ich Ihnen bestätigen, dass wir uns in einer Budgetdebatte befinden und heute Abend eine schwierige Entscheidung zu treffen haben. Dieses Schiff hat nicht nur Eisberge vor sich, sondern manchmal auch Nebel. Wenn es darum geht, ein Schiff in die richtige Richtung zu navigieren, ist Nebel das Schlimmste. Ich hoffe, dass das Parlament das Schiff heute Abend in die richtige Richtung steuern wird.

Noch angetönt wurde die Aufgabenüberprüfung des Personals. Wenn das Personal selber sagt, dass die Reduktion der Beschäftigungsgrade möglich ist, könnte man auch geltend machen, dass es diese Prozente nicht braucht, zumal das Personal von sich aus Reduktionsmöglichkeiten sieht. So jedenfalls habe ich diese Aussage verstanden. Die Reduktion der Beschäftigungsgrade heisst jedoch nicht, dass wir das Personal nicht brauchen. Diese Reduktion wird von anderem Personal aufgefangen. Ich kann Ihnen heute Abend nicht sagen, wie dies anlaufen wird. Die Gemeinde Köniz ist im Rating beim Personal gegenüber der Bevölkerung von Köniz gut drin. Wir haben keinen überdotierten Personalbestand. Natürlich gibt es überall einen kleinen Puffer. Aber der Gemeinderat schaut bei jeder Stelle, die er neu schafft, hin und stellt sich die Frage, ob diese nötig ist oder ob eine Umstrukturierung und ein optimalerer Personaleinsatz möglich ist.

Es wurden sehr viele Voten gehalten und ich möchte nicht auf alle eingehen. Ich gehe davon aus, dass Sie diese einander zugeworfen haben. Von Toni Eder habe ich noch drei Fragen gestellt erhalten, welche ich in der kurzen Zeit nicht beantworten kann. Ich werde aber noch sehen, ob es heute Abend für die Beantwortung reicht. Einzig kann ich Ihnen in Bezug auf das Gemeindehaus eine Antwort geben. Dieses war immer wieder ein Diskussionspunkt. Es heisst, wir würden 1 Mio. Franken einsparen. Hierzu ist zu sagen, dass auch dies nicht die ganze Wahrheit ist, wenngleich es zinsmässig stimmen mag. Wir müssen auch dort Rückstellungen für den weiteren Unterhalt vornehmen. Zudem werden wir den anstehenden Unterhalt übernehmen müssen. Diese 1 Mio. Franken liegen nicht sakrosankt auf dem Tisch und damit hat es sich. Wir müssen das Gemeindehaus auch unterhalten. Unter dem Strich dürften wir immer noch um 300'000 bis 400'000 Franken besser weg kommen. Dem ist so und deshalb hat der Gemeinderat auch die Absicht, das Gemeindehaus zu kaufen.

Gemeinderat Thomas Brönnimann (GLP): Als für die Bildung zuständiger Gemeinderat erlaube ich mir eine Replik und eine Stellungnahme zum Votum des FDP-Sprechers. Er hat dem Gemeinderat in Sachen Spez-Sek Lerbermatt ein unfaires Spiel vorgeworfen. Er unterstellt uns, wir würden uns der Diskussion verweigern, indem wir das Geschäft sogar am Volk vorbeizuschleusen versuchten. Wenn man solche Aussagen macht, sollten diese auf Tatsachen beruhen. Einer Gesamtexekutive vorzuwerfen, sie wolle etwas am Volk vorbeischleusen, ist doch ein schwerwiegender Vorwurf. Ich weise hier zuhanden des Protokolls daraufhin, dass der Gemeinderat die Grundsatzfrage bereits vor den Sommerferien im Parlament diskutieren wollte. Wie wir wissen, kam es nicht zu dieser Diskussion und dies lag nicht am Gemeinderat.

Zum Stichwort Bildungsreglement: Hier wurde die Frage aufgeworfen, weshalb der Gemeinderat nicht endlich damit komme. Der Gemeinderat ist sich bewusst – und dies sage ich ebenfalls deutlich zuhanden des Protokolls –, dass das Bildungsreglement zuerst geändert werden muss, bevor es zu einer Änderung in der Angebotsstruktur kommen kann. Der Gemeinderat hat aber Wichtigeres zu tun als einen Entwurf eines geänderten Bildungsreglements zu erstellen, ohne dass vorher eine Grundsatzdiskussion geführt worden wäre. Dafür muss zuerst die Diskussion geführt werden. Danach wird das Bildungsreglement dem Parlament vorgelegt und falls es geändert wird, kann eine Initiative lanciert werden. Im Moment könnten einzig die Gegner der Lerbermatt eine Initiative einreichen, nämlich dahingehend, dass das Bildungsreglement in die andere Richtung geändert werden soll. Soweit zum Ablauf.

Weiter wurde dem Gemeinderat fehlender Mut vorgeworfen. Ich möchte doch festhalten, dass der Gemeinderat gerade im Bildungsbereich konkrete Sparvorschläge gemacht hat und zwar auch Vorschläge, mit denen sich der Gemeinderat nicht unbedingt populär macht. Man kann ihm vielleicht vorwerfen, er politisiere am Volk vorbei; den Vorwurf des mangelnden Mutes finde ich jedoch verfehlt. Der Gemeinderat war gar so mutig, dass er das, was er auf der Einnahmeseite selber entscheiden kann, auch angepackt hat. Dafür braucht es vielleicht sogar mehr Mut.

Ich möchte auch noch auf das Votum von Bernhard Lauper eingehen betreffend die Verteilung der Wahl der Spez-Sek. Jene, welche das Spez-Sek-Angebot wählen, verteilen sich je nach ihrer Wahl auf ein Oberstufenzentrum oder den Standort Lerbermatt. Das Verhältnis beträgt etwa 50 zu 50 Prozent. Diese Fakten können in den entsprechenden Jahresberichten nachgesehen werden. Es gehen nicht – wie gesagt wurde – 80 Prozent an die Lerbermatt.

Nebenbei erlaube ich mir noch eine Korrektur. Sie haben von den Interessensvertretern der Lerbermatt einen offenen Brief erhalten. In diesem stand, dass das Angebot von 120 Schülerinnen und Schülern gewählt werde. Es sind jedoch 60 Schülerinnen und Schüler, wobei wir rund 120 in beiden Jahrgängen in der Sexta und der Quinta haben. Soviel zur Lauterkeit der eingesetzten Zahlen.

Zum Thema der Preisgünstigkeit, Bernhard Lauper: Wir hatten eine Interpellation, welche wir nach bestem Wissen und Gewissen beantworteten. Als unsere Angaben angezweifelt wurden, liessen wir diese vom Mittelschul- und Berufsbildungsamt des Kantons plausibilisieren. Mehr kann ich wirklich nicht tun. Wir können uns darüber streiten, ob es 10'000 oder 20'000 Franken weniger kostet. Die Grössenordnungen sind jedoch klar. Es handelt sich um ein teureres Angebot. Wenn hier geltend gemacht wird, es sei preisgünstiger als das Angebot an den Oberstufenzentren, stimmt dies einfach nicht.

Abschliessend noch zum Hinweis von Hans-Peter Kohler, wonach man sich in den jetzigen Zeiten überlegen müsse, ob das Teuerste immer nötig sei. Genau diese Überlegung hat sich der Gemeinderat in Bezug auf das Spez-Sek-Angebot gemacht. Er hat dieses an sich nicht infrage gestellt und steht dahinter. Allerdings hat der Gemeinderat den Standort Lerbermatt infrage gestellt und hat hierzu die Diskussion mit dem Parlament gesucht. Ich hoffe, dass wir diese in der Detailberatung sachlich führen können.

Iris Widmer (Grüne): Ich hätte gerne vom Gemeinderat eine Klärung gehört. Wie sieht das weitere Vorgehen konkret aus, wenn die Steuererhöhung heute Abend abgelehnt wird? Würden wir über das Budget abstimmen oder würde es überarbeitet und in einer nächsten Sitzung vorgelegt? Kann sich der Gemeinderat dazu äussern?

Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP): Sollte der Abänderungsantrag ohne Steuererhöhung durchkommen, kann das Parlament das Budget heute Abend verabschieden. Damit hätten wir das Budget für das Jahr 2017. Wir werden Ihnen die Resultate abhängig davon bekannt geben, was in der Detailberatung auf der einen Seite hinzukommt und auf der anderen Seite wegfällt. Damit wissen Sie genau, worüber Sie abstimmen. Dies ist das weitere Vorgehen und ich gehe davon aus, dass es das ist, was Sie wissen wollten.

Parlamentspräsident Markus Willi: Wir fahren mit der Detailberatung der Erfolgsrechnung weiter und gehen wie folgt vor: Wir gehen gemäss Ihren Sitzungsakten die einzelnen Direktionen durch und beginnen mit der Direktion für Präsidiales und Finanzen auf den Seiten 39 bis 46. Ich werde die einzelnen Direktionen aufrufen. Wer einen Antrag stellen möchte, soll sich bitte melden und nach vorne kommen. Wir achten darauf, Ihnen genügend Zeit einzuräumen, für den Fall, dass Sie nicht wissen, auf welche Direktion Ihr Antrag fällt. Aber eigentlich gehe ich davon aus, dass dies klar ist. Wir gehen direktionsweise bzw. den Seitenzahlen entsprechend vor. Zunächst folgt die Direktion Planung und Verkehr, danach die Direktion Bildung und Soziales, gefolgt von der Direktion Sicherheit und Liegenschaften und schliesslich die Direktion Unterhalt und Betriebe. Wir unterteilen die Voten nicht mehr nach Fraktionserklärungen und Einzelvoten. Ich bitte Sie, sich zu melden, wenn Sie einen Abänderungsantrag zu einer einzelnen Position der jeweiligen Direktion stellen möchten.

Somit fahren wir weiter und beginnen wir mit den Seiten 39 bis 46, der Direktion Präsidiales und Finanzen von Gemeindepräsident Ueli Studer. Gibt es Abänderungsanträge? – Dies ist nicht der Fall.

Weiter zu den Seiten 46 bis 52, der Direktion Planung und Verkehr von Gemeinderätin Kathrin Sedlmayer. Auch hier gehe ich aufgrund Ihres Schweigens davon aus, dass keine Abänderungsanträge gestellt werden.

Wir fahren weiter mit den Seiten 52 bis 66, der Direktion Bildung und Soziales von Gemeinderat Thomas Brönnimann.

Heidi Eberhard (FDP): In der allgemeinen Beratung wurde dieses Votum bereits angekündigt. In der Detailberatung der Direktion Bildung und Soziales stellen wir nun den Abänderungsantrag gemäss Tischvorlage, welche Sie erhalten haben. An dieser Stelle danke ich jenen, welche bereits unterschrieben haben und sich am Abänderungsantrag beteiligen. Ich hoffe selbstverständlich, dass eventuell weitere Parlamentarier diesem Antrag folgen können.

Wir haben bereits gehört, dass es einige schmerzt, dass bei den Bibliotheken und anderen kulturbezogenen Rubriken eine Kürzung erfolgen soll. Wir wollen Schmerzen lindern. Die Könizer Bibliotheken sind sich der angespannten Finanzlage der Gemeinde bewusst. Sie steuern gerne ihren Beitrag dazu bei, Kosten, wo immer möglich, zu senken.

Bei einer vorgesehenen Reduktion des Gemeindebeitrags von aktuell 940'000 Franken um 50'000 Franken auf 890'000 Franken ist ein Leistungsabbau für die Könizerinnen und Könizer definitiv unvermeidlich. Die Folgen bestünden unter anderem in der Kürzung der Öffnungszeiten und einer Reduktion des Angebots. Leidtragende dieser Massnahmen wären insbesondere jene 20 Prozent der Könizerinnen und Könizer, welche lesewillig und bildungsfreudig sind und die vier Bibliothekstandorte rege besuchen und die Angebote nutzen.

Deshalb plädieren wir für eine maximale Kürzung um 25'000 Franken. Die Mehrheit des Parlaments hat im Jahr 2014 aus gutem Grund den Planungsbeschluss „Erhöhung der jährlichen Mittel für die Könizer Bibliotheken“ über 60'000 Franken auf zurzeit 940'000 Franken unterstützt. Damals ging es insbesondere um den Ausbau des Standorts Niederwangen, aber nicht nur. Die Könizer Bibliotheken bauten ihr Dienstleistungsangebot aus und passten es den heutigen Anforderungen entsprechend an. Sie gingen kostenbewusst mit den gesprochenen Mittel um. Es ist mir ein persönliches Anliegen, dass die auch zur Bildung gehörenden Könizer Bibliotheken über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen, um diese Dienstleistungen zu erbringen. Wie eingangs erwähnt, danke ich jenen Parlamentarierinnen und Parlamentariern, welche sich bereits überzeugen liessen und eine weniger grosse Kürzung eine gute Sache finden. All jenen, die sich anschliessen möchten, danke ich ebenfalls.

Parlamentspräsident Markus Willi: Ich werde nun darauf verzichten, zuhanden des Protokolls jeden Abänderungsantrag zu wiederholen. Der Geschäftsprozess ist so aufgegleist, dass wir hier vorne doppelt mitschreiben. Sie können also davon ausgehen, dass Ihre Abänderungsanträge am Schluss in der richtigen Reihenfolge zur Abstimmung gebracht werden.

Cathrine Liechti (SP): Die SP-Fraktion hätte den gleichen Antrag einreichen wollen wie den vorhin erwähnten. Die Argumente haben wir bereits gehört: Die Bibliotheken sind heutzutage kein Ort mehr, wo nur Bücher ausgelehnt werden, sondern sie sind auch mit Veranstaltungen eine kulturelle Plattform, wo die Diskussion zwischen verschiedenen Kulturen ermöglicht wird. Wichtige Punkte sind ausserdem das Wahrnehmen der Sprach- und Leseförderung und das Gewährleisten des Zusammenlebens der Könizerinnen und Könizer. Genau solche wichtige Leistungen würden mit der Einsparung von 50'000 Franken gekürzt und damit würden alle Könizerinnen und Könizer getroffen. Aus diesem Grund stellt die SP den gleichen Antrag. Dieser erlaubt einen Spareffekt zu erzielen, ohne dass dabei Leistungen für Könizerinnen und Könizer abgebaut werden.

Casimir von Arx (GLP): Über unseren Antrag wurde schon vieles gesagt. Es mutet etwas eigenartig an, dass ich als Letzter auch noch etwas dazu sage. Die Mitte-Fraktion und die Grünen haben einen Antrag zum Spez-Sek-Thema gestellt. Es handelt sich dabei um eine technische Korrektur des Budgets. Im nächsten Jahr wird es de facto zu keiner Aufhebung der Spez-Sek-Klassen in der Lerbermatt kommen und somit zu keiner Einsparung – im Gegenteil: Es wird teurer, weil eine zusätzliche Klasse eröffnet wurde, welche noch nicht im Budget berücksichtigt ist. Deshalb ist heute schlicht nicht der richtige Zeitpunkt für diese Diskussion. Der Zeitpunkt für die Diskussion über die Aufhebung der Spez-Sek Lerbermatt wird kommen, wenn es um die Erfüllung der Motion 1615 „Stärkung des Spez-Sek-Unterrichts und der Bildungsvielfalt“ geht. Unser Antrag steht auch nicht im Widerspruch zur Aufgabenüberprüfung. Ich merke noch an, dass es grundsätzlich nicht ungewöhnlich ist, Budgetposten zu haben, welche eines formellen Beschlusses bedürfen, bevor man sie überhaupt umsetzen kann. So verhält es sich beispielsweise auch mit dem Gemeindehaus Bläuacker mit der wahrscheinlich im Februar stattfindenden Abstimmung.

Noch eine Replik zuhanden von Ueli Studer wegen des Züngleins an der Waage: Es ist nicht so, dass wir uns etwas darauf einbilden. Dass wir diese Rolle bei diesem Geschäft einnehmen, hat sich bereits seit längerer Zeit als Fakt abgezeichnet. Bei anderen Geschäften nehmen andere Fraktionen diese Rolle ein. Selbst wenn wir uns Mitte-Fraktion nennen, ist dies nicht immer unsere Rolle. Wir haben die Situation analysiert und den Entscheid gefällt, den wir für richtig halten. Dass Sie Pro- und Kontraargumente von uns gehört haben, ist richtig. Dies liegt auch in der Natur der Sache, wenn man sich in der Mitte befindet und diese Abwägung vornimmt.

Bruno Schmucki (SP): Casimir von Arx ist nicht der letzte, der zur Frage der Lerbermatt Stellung nimmt. Die Gretchenfrage des heutigen Abends zieht sich durch die ganze Sitzung. Alle, welche eine gymnasiale Ausbildung genossen haben – sei es in Form des Lang- oder Kurzzeitgymnasiums –, wissen, was eine Gretchenfrage ist. Diese lautet „Wie hältst du's mit der Religion?“ und offensichtlich müssen wir heute Abend Stellung dazu nehmen.

Hat man aber Goethes Faust I und II und vielleicht auch noch den Ur-Faust als historisch-kritischen Vergleich gelesen – und dies dürften alle getan haben, die eine gymnasiale Ausbildung genossen haben –, kennt man auch die Antwort von Faust auf diese Frage. Diese war nämlich nicht klar und eindeutig und zwar aus verschiedenen Gründen. Erstens, weil die Frage sehr differenziert zu betrachten ist. Zweitens wurde sie ein wenig zum falschen Zeitpunkt gestellt, nämlich anlässlich einer amourösen Begegnung zwischen Gretchen und Faust in einem lauschigen Garten. Faust hatte vielleicht auch nicht Lust, dort zu antworten.

Abgesehen davon, ist dies die einzige Liebesszene innerhalb des Faust, was meine Leistungs- und Lustorientierung als Gymnasiast bezüglich Faust etwas dämpfte. Also, nicht mehr zum Faust, sondern zurück zum fraglichen Budgetposten. Hier werden unter dem Stichwort Aufhebung des Standorts Lerbermatt 100'000 Franken aufgelistet. Wir haben diesen Budgetposten ausführlich diskutiert und zwar nicht zur Frage „Lerbermatt – ja oder nein“, sondern zu den 100'000 Franken, welche im Budget enthalten sind. Wir kamen eigentlich zum Schluss, dass es in dieser Frage nicht um die Zukunft geht. Denn diese Diskussion müsste nicht heute Abend geführt werden – hier liegt die falsche Frage zum falschen Zeitpunkt vor –, sondern es handelt sich effektiv um eine bildungspolitische Frage. Wie heute bereits einige Male erwähnt, geht es um die Änderung des Bildungsreglements. Die entsprechende Debatte würden wir deshalb gerne im Zusammenhang mit dem Bildungsreglement führen. Die SP hält diese Debatte für wichtig und sie möchte diese führen. Diese kann auch umfassender geführt werden. Wir finden, dass die Frage wirklich gestellt werden kann, zu welchem Preis, mit welcher Qualität wir Bildung anbieten wollen. Die SP hält an der Kürzung fest und wird den Vorschlag, diesen Posten zu erhöhen, nicht unterstützen. Dies, weil wir darin den Weg sehen, diese Debatte in Gang zu bringen. So zu tun, als gäbe es weiterhin die Lerbermatt mit diesen Budgetposten, ist kein Anlass, diese Debatte zu führen. Hält man hingegen an der Sparmassnahme fest, wird der Gemeinderat einen Weg vorlegen müssen, wie die Einsparung erfolgen soll. Damit haben wir die Diskussion, welche wir wollen. Dann können wir darüber diskutieren, ob wir die Spez-Sek Lerbermatt wollen oder nicht. So zu tun, als handle es sich um die quasi normale Situation, welche so weitergeht, heisst, dass wir diese Debatte nicht führen. Wie gesagt, werden wir deshalb am Vorschlag des Gemeinderats festhalten und damit auch den Weg für diese Debatte frei machen.

Vanda Descombes (SP): Die SP-Fraktion – und dies wurde heute Abend einige Male erwähnt – ist sehr wohl für eine seriöse und vernünftige Aufgabenüberprüfung. Dies vertreten auch andere Parteien. Katharina Gilgen, Sie haben hier gesagt, es sollen alle zum Sparen beitragen. Was hier vorliegt, ist jedoch nicht seriös, sondern kleinkrämerisch – entschuldigen Sie, wenn ich dies so sage – und auch nicht wirklich nachhaltig. Ein Beispiel dafür ist die Musikschule. Diese leistet mit dem Musikunterricht einen wichtigen, ergänzenden Beitrag zum Angebot der Schulen. Dies ist in der Schulordnung der Gemeinde so festgelegt. Der Beitrag an die Musikschule soll um 75'000 Franken gekürzt werden. Dies sind rund 4 Prozent des Gemeindebeitrags. Dies sieht nicht nach viel aus, für die Musikschule hingegen ist diese Reduktion schmerzhaft. Die Musikschule – und dies ist offensichtlich nicht so passiert – hätte sich gewünscht, dass man mit ihr die Realisierungsmöglichkeiten der Einsparungen diskutiert hätte. Der Vorschlag, mehr Gruppenunterricht durchzuführen und grössere Gruppen zu bilden, ist nicht realistisch und widerspricht letztlich auch dem pädagogischen Konzept der Musikschule, wonach der Einzelunterricht eine Hauptaufgabe ist. Der Lohnbestandteil macht 92 Prozent des Budgets der Musikschule aus. In der Verwaltung verhält es sich nicht viel anderes. Viel Spielraum bleibt der Musikschule daher nicht, um eine dermassen grosse Einsparung zu verkraften. Ich hatte die Gelegenheit, mit dem Interimsleiter der Musikschule zu sprechen und fragte ihn, wie die Einsparungen vorgenommen würden. Die Antwort lautete, dass nicht grössere Gruppen gebildet und mehr Gruppenunterricht durchgeführt würden, sondern die Reserven abgebaut und weniger Schüler aufgenommen oder die Elternbeiträge erhöht würden. Damit würde die Musikschule Köniz allerdings zu den teureren Musikschulen gehören und es würden einmal mehr die Familien getroffen. Deshalb beantragt die SP-Köniz wie bei der Bibliothek, die Kürzung um die Hälfte von 75'000 Franken auf 37'500 Franken zu reduzieren.

Christian Roth (SP): Sie haben es bemerkt: Die Büchse der Pandora ist geöffnet worden und wir blicken nun in diese hinein. Die SP-Fraktion wollte ursprünglich einen Antrag stellen zur Frage, ob es sinnvoll ist, auf der Fachstelle Beratung gebührenpflichtige Beratungen einzuführen. Wir haben Rücksprache mit der Verwaltung genommen und verzichteten auf den entsprechenden Antrag. Trotzdem möchte die SP-Fraktion in dieser Frage einen klaren Warnschuss abgeben. Wir kritisieren und warnen den Gemeinderat vor dieser Übung. Wenn Sie nachsehen wollen, finden Sie dies im Konto 331.4240 auf Seite 53 der aktuellen Budgetvorlage.

Vielleicht sagen Sie, es gehe dort mit 10'000 Franken bloss um Peanuts und die Klientinnen und Klienten könnten das Geld für die Beratungen wohl aufbringen. Diese Überlegung habe ich mir auch gemacht und mich gefragt, was dies konkret bedeutet. Machen wir einen einfachen wissenschaftlichen Standard? Nein, ich werde Casimir von Arx nicht gerecht werden, meine Rechnung wird keinen wissenschaftlichen Standard aufweisen. Die Fachstelle Beratung hat gemäss Jahresbericht 2015 114 Dossiers in der Suchtberatung und 219 Dossiers in der Jugend- und Familienberatung gehabt.

Dies sind total 330 Dossiers. Hinzu kommen 159 Kurzberatungen, ohne dass für diese ein Dossier eröffnet wird. Diese lassen wir einmal beiseite. Wir schauen einfach die 330 Dossiers an. Nun lässt sich eine saubere Rechnung machen: Teilt man die 10'000 Franken durch 330, ergibt dies 30 Franken pro Jahr, welche eigentlich zu bezahlen wären. Eigentlich kann man sagen, dies sei ein Pappenstiel. Dies ist es nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deshalb machen wir folgende Überlegungen: Wir hoffen, dass der Gemeinderat der Meinung sein wird, dass ein Erstkontakt auf einer Beratungsstelle und eventuell auch der zweite Kontakt noch nicht mit einer Gebühr belastet werden soll. Unsere Rücksprache mit der Verwaltung hat ergeben, dass ihre Überlegungen in diese Richtung gehen. Gehen wir also davon aus, dass die ersten Beratungen nichts kosten, weil die Leute ansonsten abgeschreckt würden. Nehmen wir an, in einem Jahr werden durchschnittlich maximal drei weitere Beratungen durchgeführt. Nach Adam Riese müsste man für eine Folgeberatung rund 10 Franken abdrücken. Dies sind – und damit sind wir bei der Kaffeetassenwährung – zwei Kaffeetassen, zwei Bier oder ein halber Kinobesuch. Für Menschen, die eine Beratungsstelle in Anspruch nehmen, ist dies kein Pappenstiel. Wenn sich einige der Klientinnen und Klienten überlegen, sich von den betriebswirtschaftlich motivierten Gebühren abschrecken zu lassen, haben wir nichts gewonnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Gemeinderat. Denn was bringt es, wenn sich Menschen mit Suchtproblemen nicht mehr beraten lassen? Sie rutschen tiefer in ihr Suchtverhalten hinein. Was bringt es, wenn sich Familien mit Problemen mit ihren Jugendlichen zuhause nicht von der Fachstelle beraten lassen? Dann werden sie tiefer in den Strudel gezogen, die in familiäre Schwierigkeiten münden können. Die Situationen der Betroffenen – und dies sind nicht nur jene der erwähnten zwei Situationen, welche vermutlich auf der Fachstelle Beratung anzutreffen sind – werden sicher schwieriger, verzweifelter, die Betroffenen werden gewalttätiger und am Schluss kommt dies teurer zu stehen. Ich bin überzeugt davon, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass dies so sicher ist wie das Amen in der Kirche. Dies ist der sicherste Weg, um schlussendlich mehr Menschen in der Sozialhilfe zu haben. Ich habe von der Verwaltung durchaus gehört, was die Folge davon sein könnte. Diese könnte eben schon sein, dass die Nachfrage je nach Ausgestaltung – daran arbeiten Verwaltung und Gemeinderat – abnehmen kann. Hier stellt sich die Frage, wie die Nachfrage gesteuert werden kann. Ganz sicher ist auch, dass in diesem Fällen der Administrationsaufwand zunimmt. Ich bin mir deshalb nicht so sicher, ob unter dem Strich eine Einsparung resultiert. Die SP-Fraktion warnt eindringlich vor diesem „budgetverzweifelten“, in die vollkommen falsche Richtung weisenden Weg, lieber Gemeinderat. Damit sparen wir keinen Rappen, sondern werden zur Kenntnis nehmen müssen, dass Sparen oft sehr teuer ist. Deshalb bitte ich den Gemeinderat namens der SP-Fraktion, in dieser Frage allergrösste Sorgfalt walten zu lassen.

Thomas Marti (GLP): Ich möchte kurz drei Argumente anführen zu unserem Antrag betreffend die Kürzung des Beitrags nur um 25 Prozent an die Bibliotheken. Erstens käme eine Budgetreduktion um diese 50'000 Franken einer Kürzung von über 5 Prozent des Gemeindebeitrags gleich. Wie wir gehört haben, ist die bei den Musikschulen vorgesehene Kürzung mit 4 Prozent ähnlich hoch. Aus unserer Sicht handelt es sich um einen überproportionalen Anteil, welcher von den Bibliotheken getragen werden müsste. Zweitens und dies haben wir bereits im Parlament diskutiert, ist der aus dem Jahr 2015 resultierende Gewinn auf Sonderfaktoren zurückzuführen. Den Beitrag anhand davon irgendwie festzulegen, aufgrund des Gefühls, es liege ein tieferer Beitrag drin, wäre eine falsche Annahme. Wir haben auch dargelegt, dass die Sonderfaktoren eingesparte, aufgeschobene Investitionen und Personalkosten umfassen. Noch zum dritten Argument: Unseres Erachtens sind die Bibliotheken eine Bildungsinstitution, welche von 20 Prozent der Könizer genutzt wird. Insofern wäre es schade, mit dieser Kürzung um 50'000 Franken Leistungen einsparen zu müssen. Mit der Einsparung von 25'000 Franken bin ich überzeugt, dass wir eine konstruktive Lösung finden können. Abschliessend gebe ich meine Interessenbindung bekannt: Ich gehöre dem Vorstand der Bibliotheken an.

Heidi Eberhard (FDP): Meine Interessenbindung ist eigentlich auch klar. Ich gehöre ebenfalls dem Vorstand der Könizer Bibliotheken an und nutze hier die Gelegenheit, den Fraktionen, die ihre Unterstützung zugesagt haben zur Reduktion dieses grossen Beitrags, meinen Dank auszusprechen.

Parlamentspräsident Markus Willi: Werden weitere Abänderungsanträge gestellt? Wenn nicht, gehen wir zur Direktion Sicherheit und Liegenschaften auf den Seiten 66 bis 75 über. Werden Abänderungsanträge gestellt? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen zur Direktion Umwelt und Betriebe von Rita Haudenschild auf den Seiten 75 bis 84. Gibt es Abänderungsanträge dazu? – Auch hier werden keine Anträge gestellt.

Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP): Es ist so, wie ich es mir gedacht habe: Sie haben sich Ihre Meinungen gebildet. Im Zusammenhang damit haben Sie die Büchse der Pandora geöffnet und nun sind Sie bereit für zusätzliche Aufgaben bzw. dafür, wieder mehr Geld auszugeben, um es beim Namen zu nennen. Dies scheint mir doch eigenartig zu sein. Sie sagten uns, wo überall gespart werden soll, aber – wie bereits vorhin erwähnt – im Sinne von „Dann nur nicht bei mir“ bzw. eben nicht dort, wo man gewisse Interessen vertritt. Ich muss Ihnen sagen, dass der Gemeinderat diese Anträge voll und ganz ablehnt. Wir werden zu keiner anderen Haltung kommen. Wir haben uns etwas bei der Aufgabenüberprüfung überlegt.

Ich komme noch auf das Votum von Heidi Eberhard zu sprechen: Heidi Eberhard, wir haben es angeschaut und Sie sagten, es schmerze. Ja, sparen, schmerzt immer. Dies muss man wissen. Nun habe ich gehört, dass das Parlament bereit ist, wieder mehr auszugeben. Aber irgendwann wird hier oben ein anderer Gemeinderat sitzen und hier unten ein anderes Parlament. Irgendwann werden auch Sie Farbe bekennen müssen und sagen, wo Sie sparen wollen. Wir haben es einerseits bei den Bibliotheken dargelegt. Andererseits haben wir es bei den Spez-Sek-Klassen aufgezeigt. Ich möchte hier keine grosse Diskussion mehr führen, muss Sie nochmals darauf hinweisen, dass Sie auch diesen Entscheid einmal fällen müssen. Einmal hiess es, es sei eine finanzpolitische Frage, dann war wieder von einer bildungspolitischen Frage die Rede und schliesslich wiederum eine finanzpolitische Frage usw. Sie werden die Reglementänderung vorgelegt erhalten. Dann bin ich auf die Diskussion und die Mehrheiten gespannt. Der Gemeinderat lehnt den entsprechenden Antrag ab.

Zur Musikschule muss ich sagen, dass wir etwas andere Hinweise erhalten haben. Ich habe selber mit der Präsidentin der Musikschule gesprochen und nochmals nachgefragt, wie es aussieht. Damals hiess es, dass das Parlament entscheide und sich die Musikschule entsprechend einrichten werde. Die Musikschule ist eine gute Institution wie die Bibliothek und die Fachstelle Beratung auch. Es handelt sich um jene Möglichkeiten, mit welchen wir tatsächlich eine Optimierung erwirken und sparen können. Ich habe Ihnen bereits dargelegt, wie gross der sonstige Handlungsspielraum ist.

Ein Wort zu Christian Roth im Zusammenhang mit der Fachstelle Beratung: Ich gehe mit Ihnen einig, dass die Fachstelle Beratung eine gute, sogar sehr Sache ist, die ich auch immer stark vertreten habe. Was jetzt bei der Fachstelle Beratung vorbereitet wird, um einen gewissen Kostenanteil zu holen, ist nicht von der Hand zu weisen. Denn die Fachstelle Beratung hat keinen therapeutischen Auftrag. Es geht um ein oder zwei Beratungen. Sie haben noch von drei zusätzlichen Terminen gesprochen sowie von jenen, welche keine Suchtberatung mehr erhielten. Wir haben viele Institutionen, welche Suchtberatungen anbieten. Einer davon stehe ich selber vor. Es sind genügend Möglichkeiten vorhanden, um sich weiter beraten zu lassen. Nochmals: Das Reglement besagt, dass die Fachstelle Beratung keine Therapien anbietet. Insofern bleibt der Gemeinderat bei seiner Haltung und bittet Sie, diese Anträge abzulehnen.

Gemeinderat Thomas Brönnimann (GLP): Ich erlaube mir kurz etwas zum Antrag von Arx zu sagen mit der technischen Korrektur. Das Budget ist ein Planungsinstrument. Zu dem Zeitpunkt des Jahres, wo wir das Budget erstellten, wussten wir nicht, dass es eine zusätzliche Klasse gibt. Wir gingen davon aus, dass die Zeit noch gut ausreichen wird, um das Bildungsreglement anzupassen. Wir haben zum Beispiel eine zusätzliche Kindergartenklasse eröffnet; diese haben wir auch nicht nachträglich budgetiert. Dies ist der normale Ablauf. Würde man diesem Antrag zustimmen, gehe ich davon aus, dürfte die Frage für das Schuljahr 2017/2018 sicher gegessen sein. Dafür würde es nicht reichen. Wie erwähnt, wäre es nur aufgeschoben. Wir würden aber die Diskussion zusammen mit dem vorliegenden Vorstoss führen.

Noch ein Wort zur erwähnten Bildungsstrategie: Das Bildungsreglement sieht vor, dass die Schulkommission für die Erarbeitung einer Bildungsstrategie zuständig ist. Die Schulkommission hat diese Aufgabe im Frühling dieses Jahres angepackt. Ich nehme an, dass Sie als Fraktionen durch Ihre Schulkommissionsvertreter darüber informiert wurden.

Die Schulkommission hat sich das Ziel gesetzt, die Bildungsstrategie vor den nächsten Sommerferien abzuschliessen. Natürlich ist klar, dass eine Vernehmlassung dazu durchgeführt werden muss. Eine Bildungsstrategie, welche nicht in Form von Änderungen im Bildungsreglement umgesetzt wird, bleibt nur ein Papier, und für das Bildungsreglement sind Sie zuständig.

Ich möchte mir aus Bildungssicht erlauben, auf den Kontext zu verweisen, in welchem wir uns im Bildungsbereich befinden: In den letzten Jahren reduzierten wir im Zusammenhang mit der Aufgabenüberprüfung des Kantons Angebote der Schule lektionenmässig. Es handelte sich dabei um die Freifächer. Zudem erhöhten wir die Klassengrössen, sodass wir auch dort sparten und die Ziele des Kantons erreichten. In Zeiten, wo wir – vor allem auf der Unterstufe – zu wenig Schulraum haben, müssen wir nun in die städtischen Gebiete von Köniz investieren.

Es werden Zusatzausgaben anfallen und an gewissen Tagesschulen haben wir sogar eine dramatische Situation. Unterdessen sind wir soweit, dass wir an bestimmten Tagen vielleicht nicht mehr alle Schüler aufnehmen können. Es ist mir wirklich wichtig, dass man die Diskussion um die Spez-Sek Lerbermatt in diesem Gesamtkontext sieht. In diesem Rahmen hat sie der Gemeinderat auch bildungspolitisch gewürdigt. Er ist nicht dermassen eindimensional, als er sie nur finanzpolitisch gewürdigt hätte. Aber – und dazu stehe ich – der Gemeinderat hat primär eine Finanzstrategie und ein Budget mit Einsparung erstellt. Weil er schlussendlich keinen Antrag gestellt hat, erlaube ich mir, zu seiner Rechnung mutig nichts zu sagen, ausser dass wir sicher sorgfältig hinsehen werden. Wir sind immer sorgfältig, in allen Fragen. Dies erlaube ich mir auch noch zu sagen: Vielleicht war es gleichwohl nicht die dümmste Idee, die der Gemeinderat ursprünglich vor ein paar Monaten hatte, nämlich die heissen Themen aus meiner Direktion vorgängig zu diskutieren.

Christian Roth (SP): Wenn wir die Büchse der Pandora schon geöffnet haben, möchte ich dem Gemeinderat noch etwas mitgeben und zwar geht es um den ersten Punkt „papierloses Parlament“. Lieber Gemeinderat, ich sehe hier drin viel Papier. Ich habe Verständnis dafür, dass Sie die Position „Büromaterial“ um 10'000 Franken reduzieren und der Gemeinde und dem Parlament ein papierloses Parlament verordnen wollen. Ich wehre mich aber gegen ein Verordnen und finde es sehr gut, auf sanfte Art zu pushen, dass Unterlagen vermehrt elektronisch gebraucht werden. Ich möchte jedoch nicht vom Gemeinderat bevormundet werden, sodass es Gesetze dann nicht mehr in Papierform gibt, sondern nur noch elektronisch, und man selber ausdrucken, Druckerpatronen bestellen und den eigenen Drucker abschreiben muss. Ich stelle keinen Antrag, möchte aber gesagt haben, dass ich in dieser Fragestellung nicht bevormundet werden möchte.

Hans-Peter Kohler (FDP): Nur eine Verständnisfrage, welche sowohl für die Befürworter als auch für die Gegner der Spez-Sek wichtig sein dürfte. Ich verstehe es nicht ganz. Der Gemeindepräsident hat gesagt, das Bildungsreglement werde für die Grundsatzdiskussion vorgelegt. Hingegen höre ich vom Bildungsdirektor, die Schulkommission arbeite an irgendeiner Strategie. Bringt der Gemeinderat dieses Bildungsreglement ins Parlament oder nicht? Oder weiss er es noch nicht? Es macht nichts, wenn Sie es noch nicht wissen. Es ist aber unklar. Vielen Leuten ist unklar, wie der Prozess aussieht. Direkt gefragt, Thomas Brönnimann: Kommen Sie mit dem Bildungsreglement endlich ins Parlament oder nicht? Sagen Sie es doch einfach.

Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP): Wenn die Spez-Sek-Klassen an der Lerbermatt nicht mehr geführt werden sollen, bedarf es einer Änderung des Bildungsreglements. Dann werden wir Ihnen dieses vorlegen müssen. Thomas Brönnimann hat vorhin lediglich erwähnt, dass er im Zusammenhang mit dem im Raum stehenden Vorstoss eine Gesamtschau machen will. Aber dort wird Ihnen das Bildungsreglement vorgelegt werden müssen.

Gemeinderat Thomas Brönnimann (GLP): Klare Antworten sind natürlich das eine, was Politiker daraus machen, das andere. Wir können nicht bereits jetzt ein fertiges Bildungsreglement vorlegen. Dies braucht Zeit. Ich könnte mir vorstellen, dass ich, wenn ich Parlamentarier wäre, sogar eine Kommission fordern würde. Es hat noch selten ein dermassen umstrittenes Thema gegeben wie in dieser Frage. Wenn seitens der Schulkommission eine neue Bildungsstrategie ausgearbeitet wird, wäre es schlau das Bildungsreglement nur einmal zu revidieren anstatt in einem Jahr den Lerbermatt-Artikel zu ändern, wobei dagegen bereits die Volksinitiative ergriffen würde, während die Strategie der Schulkommission noch andere Änderungen zur Folge hätte. Wenn wir im Herbst über diesen Vorstoss diskutieren, wird noch kein Vorschlag für ein geändertes Bildungsreglement vorliegen.

Gemeinderat Thomas Brönnimann (GLP): Wenn Sie den Lerbermatt-Artikel belassen, bereiten wir auch nur diesen Punkt vor.

Parlamentspräsident Markus Willi: Wird das Wort noch gewünscht? Dies ist weder seitens des Parlaments noch seitens des Gemeinderats der Fall. Somit schliesse ich die Beratung offiziell. Ab jetzt können keine Voten mehr abgegeben werden.

Ich stelle fest – und damit kommen wir zu den Abstimmungen –, dass kein Rückweisungsantrag vorliegt. Zu Punkt 1.1 liegt ein Abänderungsantrag aus der allgemeinen Beratung vor. Weiter sind aus der Detailberatung drei Abänderungsanträge gestellt worden. Ich gebe diese wie folgt bekannt:

Der Abänderungsantrag aus der allgemeinen Beratung lautet wie folgt: „Die ordentlichen Gemeindesteuern im 1.49-fachen Betrag der für die Kantonssteuern geltenden Einheitssätze“. Dieser Antrag kommt von der SVP-Fraktion; er betrifft Buchstabe a) des gemeinderätlichen Antrags und wird diesem in der Abstimmung gegenübergestellt.

In der Detailberatung sind folgende drei Abänderungsanträge gestellt worden: „Schulen mit Sekundarstufe/Mittelschulen, Konto 3630.3631 Beiträge an Kantone und Konkordate ist von CHF 1'700'000 auf CHF 1'900'000 zu erhöhen.“ Der gemeinderätliche Antrag sieht vor, 1,7 Mio. Franken einzustellen, der Abänderungsantrag der Mitte-Fraktion lautet auf 1,9 Mio. Franken.

Der nächste Antrag stammt von Heidi Eberhard, Thomas Marti sowie der SP- und der Grünen Fraktion und lautet „Betrieb von öffentlichen Mediotheken, Konto 3710.3635 Beiträge an private Unternehmungen ist von CHF 890'000 auf CHF 915'000 zu erhöhen.“ Hier geht es um das Konto 3710.3635 „Beiträge an private Unternehmungen“. Der Gemeinderat beantragt 890'000 Franken einzustellen. Der Abänderungsantrag aus dem Parlament lautet auf den Betrag von 915'000 Franken.

Schliesslich geht es noch um die Musikschule mit dem Konto 3720.3635. Dort beantragt der Gemeinderat einen Betrag von 1,493 Mio. Franken einzustellen. Der Abänderungsantrag der SP-Fraktion lautet auf 1,53 Mio. Franken.

Zuerst stimmen wir über die Abänderungsanträge in der genannten Reihenfolge ab. Danach führen wir eine Schlussabstimmung durch. Wenn Abänderungsanträge angenommen worden sind, stimmen wir über eine geänderte Vorlage ab, wenn keine Abänderungsanträge angenommen sind, über den Antrag des Gemeinderats. Die Abstimmung über Ziffer 2 des gemeinderätlichen Antrags betreffend die Botschaft und den Stimmzettel findet nur statt, wenn die Steueranlage 1,54 der Vorzug gegenüber dem Gegenvorschlag erhält.

Beschluss

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der SVP-Fraktion zu: Im Jahr 2017 sind folgende Steuern zu erheben: a) Die ordentlichen Gemeindesteuern im 1.49-fachen Betrag der für die Kantonssteuern geltenden Einheitssätze.

Abstimmungsergebnis: 23 dafür, 17 dagegen

Beschluss

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der Mitte-Fraktion zu: Schulen mit Sekundarstufe/Mittelschulen, Konto 3630.3631 Beiträge an Kantone und Konkordate ist von CHF 1'700'000 auf CHF 1'900'000 zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: 27 dafür, 12 dagegen

Beschluss

Das Parlament lehnt folgenden Abänderungsantrag von Heidi Eberhard/Thomas Marti/Fraktion Grüne ab: Betrieb von öffentlichen Mediotheken, Konto 3710.3635 Beiträge an private Unternehmungen ist von CHF 890'000 auf CHF 915'000 zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: 17 dafür, 23 dagegen

Beschluss

Das Parlament lehnt folgenden Abänderungsantrag der SP-Fraktion ab: Betrieb schulergänzender Musikunterricht für Kinder und Jugendliche, Konto 3720.3635 Beiträge an private Unternehmungen ist von CHF 1'493'000 auf CHF 1'530'500 zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: 17 dafür, 22 dagegen

Bernhard Zaugg (EVP): Ich bin der einzige, der heute das Wort „ethisch“ in den Mund genommen hat und stelle den Antrag auf Namensaufruf bei der Schlussabstimmung.

Beschluss

Das Parlament stimmt dem Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf zu.
Abstimmungsergebnis: mehr als 10 Stimmen dafür

Parlamentspräsident Markus Willi: Da mehr als zehn Mitglieder zugestimmt haben, führen wir die Schlussabstimmung unter Namensaufruf durch. Während die Liste für den Namensaufruf vorbereitet wird, kann ich Ihnen das weitere Vorgehen erklären. Erstens stelle ich fest, dass der Antrag zur Beibehaltung der Steueranlage angenommen wurde.

Dadurch wird die Vorlage nicht zur Volksabstimmung gebracht. Gleichzeitig mit der Änderung der Steueranlage ändern sich auch Beträge in den Konten. Die vier Konten ändern sich wie folgt: Das Konto Schulen mit Sekundar- und Mittelschulen wird auf 1,7 Mio. auf 1,9 Mio. Franken erhöht. Das Konto 1840.4000.00 der obligatorischen Steuern hat sich bisher auf 76,5 Mio. Franken belaufen und beträgt neu 74,1 Mio. Franken. Das Konto 1840.4001.00 der Vermögenssteuer der natürlichen Personen war vorher mit 7,63 Mio. Franken veranschlagt und jetzt mit 7,43 Mio. Franken. Das Konto 1840.4010.00 der Gewinnsteuer der juristischen Personen war vorher mit 14,65 Mio. Franken veranschlagt und ändert jetzt auf 14,45 Mio. Franken. Dies ergibt für die Abstimmung folgenden Antrag:

1. Im Jahr 2017 sind folgende Steuern zu erheben:
 - a. die ordentlichen Gemeindesteuern im 1,49-fachen Betrag der für die Kantonssteuern geltenden Einheitssätze;
 - b. die Liegenschaftssteuer von 1,2‰ auf dem amtlichen Wert der Liegenschaft.
2. Die Stimmberechtigten beschliessen das Budget der Erfolgsrechnung 2017, das bei einem Gesamtertrag von CHF 219'922'907 und einem Gesamtaufwand von CHF 220'891'704 einen Aufwandüberschuss von CHF 968'797 ausweist.

Beschluss

1. Im Jahr 2017 sind folgende Steuern zu erheben:
 - a. die ordentlichen Gemeindesteuern im 1,49-fachen Betrag der für die Kantonssteuern geltenden Einheitssätze;
 - b. die Liegenschaftssteuer von 1,2‰ auf dem amtlichen Wert der Liegenschaft.
2. Die Stimmberechtigten beschliessen das Budget der Erfolgsrechnung 2017, das bei einem Gesamtertrag von CHF 219'922'907 und einem Gesamtaufwand von CHF 220'891'704 einen Aufwandüberschuss von CHF 968'797 ausweist.

Abstimmungsergebnis: 23 dafür 15 dagegen, 2 Enthaltungen

Stimmabgaben unter Namensaufruf:

Dafür gestimmt: Adrian Burkhalter, Heidi Eberhard, Anton Eder, Thomas Frey, Kathrin Gilgen, Beat Haari, Fritz Hänni, Erica Kobel-Itten, Hans-Peter Kohler, Hans-Ulrich Kropf, Andreas Lanz, Bernhard Lauper, Michael Lauper, Stefan Lehmann, Thomas Marti, Anita Moser Herren, Heinz Nacht, Stephan Rudolf, Elisabeth Rügsegger, Barbara Thür, Casimir von Arx, Ulrich Witschi, Reto Zbinden

Dagegen gestimmt: Elena Ackermann, Christina Aebischer, Annemarie Berlinger-Staub, Vanda Descombes, Cathrine Liechti, Rudolf Lüthi, Astrid Nusch, Hans-Ulrich Pestalozzi, Mathias Rickli, Christian Roth, Christoph Salzmann, Bruno Schmucki, Werner Thut, Iris Widmer, Markus Willi
Der Stimme enthalten: Katja Niederhauser-Streiff, Bernhard Zaugg

2. Verschiedenes

Folgende Vorstösse werden neu eingereicht:

- 1623 Postulat (Mitte-Fraktion, Grüne, SP) „Festlegung der Mehrwertabgabe in der Gemeinde Köniz“

- 1624 Postulat (Mitte-Fraktion) „Einführung des Instruments einer befristeten Steuererhöhung“
- 1625 Interpellation (Mitte-Fraktion) „Erhöhung der Aktivierungsgrenze von Investitionen“
- 1626 Postulat (Mitte-Fraktion) „Erbringung und Finanzierung freiwilliger Leistungen durch die Gemeinde Köniz“
- 1627 Interpellation (Ulrich Witschi, BDP) „Zeigt das Integrationskonzept der Gemeinde die erwartete Wirkung?“

Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP): Nur einen Satz, liebes Parlament: Als ich klein und jung war, glaubte ich immer, Geld sei das Wichtigste auf der Welt. Jetzt, wo ich alt bin, weiss ich, dass es stimmt.

Parlamentspräsident Markus Willi: Ich schliesse diese Sitzung und wünsche Ihnen eine gute Heimkehr.

Im Namen des Parlaments

Markus Willi
Parlamentspräsident

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament